

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Vereins u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3892.

Inserats für die sechsgespaltene Kolonelle oder deren Raum
2 Mark; bei Wiederholungen Rabatt.
Stellenvermittlungen pro Zeile netto 1 Mark.

In einer Aufl. von **220400** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress.

Am 22. Mai tritt in Köln a. Rh. der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress zu seinen mehrtägigen Beratungen zusammen. Vor dem Sozialistengesetz haben ebenfalls mehrere solcher Kongresse stattgefunden. Der erste, im September 1866 in Berlin, einberufen von Fröhliche und Schweizer, von dem die deutsche Gewerkschaftsbewegung ihren Ausgang nahm. Zu Pfingsten 1878 sollte ein allgemeiner Gewerkschaftskongress in Magdeburg stattfinden, allein die blinde Hölle des Schicksals auf den alten Wilhelm, womit die Arbeiterschaft ja nicht das mindeste zu tun hatte, wirkten sogar auch hier nach; der Kongress wurde verboten und ein Versuch der Arbeiter in Hamburg, ihn in der Republik eine Freistadt zu erwirken, war ebenfalls vergeblich. Der Gewerkschaftskongress durfte nicht mehr abgehalten werden; die blinde Wut, der grenzenlose Fanatismus, der tiefe Haß gegen die erwachte Arbeiterschaft ließen die „Ordnungs“-Menschen das Recht mit Füßen treten und die gefehloste Gewalttätigkeit und Willkür triumphierten. Die kindische Hoffnung aber, durch diese und weitere Polizeigesetze die Arbeiterbewegung zu vernichten, das Vorwärtstreben der Arbeiter zu erlösen, blieb natürlich unerfüllt, die Arbeiterschaft blieb, was sie war, und bleibt, was sie ist.

Im November 1890, also unmittelbar nach dem Fall des infamen Sozialistengesetzes, fand in Berlin eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz statt, die eine Kommission bestellte, deren nächste Hauptaufgabe die Vorbereitung und Einberufung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses sein sollte. Dieser fand denn auch 1892 in Halberstadt statt und schuf die heute noch bestehende Generalkommission. Im Laufe der Jahre folgten die Gewerkschaftskongresse in Berlin, Frankfurt a. M. und Stuttgart, woran sich nun der bevorstehende in Köln schließt. Im Lichte dieser wenigen Tatsachen zeigt sich der ganze Ansturm des Sozialistengesetzes, der Verfolgungen, Unterdrückungen und Drangsalierungen der deutschen Arbeiter während 12 Jahren, die für immer schwarze Blätter in der Geschichte Deutschlands bilden und vom zukünftigen Geschichtsschreiber als Monumente der Schande, als Verbrechen der herrschenden Klassen gegen die unterdrückten Klassen werden gebrandmarkt und verdammt werden.

Das gewerkschaftliche Arbeiterparlament in Köln sieht sich vor eine ungemein reichhaltige Tagesordnung gestellt. Mit der Behandlung des Rechenschaftsberichtes der Generalkommission hängen die Punkte allgemeine Agitation, Agitation unter den Arbeiterinnen und fremdsprachigen Arbeitern, die Streikunterstützung und Streikstatistik, Heimarbeit, Beseitigung des Kost- und Logispwanges beim Unternehmer und das „Korrespondenzblatt“ zusammen. Daran reiht sich zunächst der Bericht des Zentralarbeitssekretariats an, dessen Errichtung vom letzten Gewerkschaftskongress in Stuttgart beschlossen und das halb darnach geschaffen wurde, und worüber der Sekretär R. Schmidt-Berlin referieren wird. Es folgen sodann weiter: die Stellung der Gewerkschaften zum Generalfreie (Referent Th. Bömelburg-Hamburg), die Gewerkschaften und die Maifreie (Referent R. Schmidt-Berlin), Gewerkschaften und Genossenschaften (Referent A. v. Elm-Hamburg), die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation (Referent P. Umbreit-Berlin) und die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern (Referent Hue-Essen). Diese Tagesordnung hat bereits viele Gewerkschaftsversammlungen eifrig beschäftigt, als deren Ergebnisse 78 Anträge vorliegen. Einige derselben wollen sogar eine weitere Vereinerung der ohnehin umfangreichen Tagesordnung, so durch Aufstellung der Punkte: „Die nächsten Aufgaben der modernen Gewerkschaften“, „der verantwortliche Beruf der Maschinenisten und Heizer gegenüber der Gefehgebung“, „die gewerkschaftliche Stellenvermittlung“, „Stellungnahme zum Übertritt aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels“. Der Kongress wird sich kaum dazu entschließen, durch die Aufnahme und Behandlung der vorgeschlagenen Punkte die Dauer der Verhandlungen um mehrere Tage zu verlängern. Auf die massenhaften anderen Anträge hier einzutreten und dazu etwa Stellung zu nehmen, geht nicht an, da es viel zu weit führen würde und praktisch auch gar nicht notwendig ist. Die Vertreter unseres Verbandes sind zweifellos in der Lage, selbstständig darüber zu entscheiden. Es seien daher nur wenige Bemerkungen gemacht.

Der Verbandsvorstand der Graveure beantragt die Erhöhung des Quartalarbeiters pro Mitglied an die Generalkommission von 4 auf 8 Pf. Warum diese Erhöhung um rund 100 Prozent erfolgen soll, ist das Geheimnis der Antragsteller, denn irgendwelche Begründung ist dem Antrag nicht beigegeben. Für die 200000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins würde die Annahme dieses Antrags eine Verdoppelung der Beitragssumme von 32000 Mk. auf 64000 Mk. zur Folge haben, also eine nicht unerhebliche Mehrausgabe verursachen. Die Gesamteinnahmen der Generalkommission betragen im Jahre 1904 abzüglich des Rassenbestands von 62691,66 Mk. 154986,14 Mk., der Rassenbestand am Schlusse des Berichtsjahres 123494,22 Mk., fast genau noch einmal so viel, als ein Jahr vorher, als Ende 1903. Die Beiträge der Gewerkschaften betragen insgesamt 189849,54 Mk., bei einer Verdoppelung würden sie ohne weitere Mitgliedererhöhung, die aber fortwährend stattfindet, auf rund 280000 Mk. steigen und entsprechend auch das Vermögen der Generalkommission von Jahr zu Jahr anwachsen. Dafür scheint uns denn doch keinerlei Notwendigkeit zu bestehen, und auch die Generalkommission selbst hat bisher kein Wort darüber verlauten lassen, daß sie eine Erhöhung der Beiträge wünscht. Dagegen konstatiert sie in ihrem Rechenschaftsbericht, daß die Einnahmen 1904 61226,66 Mk.

mehr als 1903 betragen haben und zwar hauptsächlich infolge der Beitragserhöhung von 3 auf 4 Pf. durch den Stuttgarter Kongress. „Auch die in fast allen Verbänden vor sich gegangene Steigerung der Mitgliederzahl trägt wesentlich zu dem günstigen Resultat bei.“ Der Antrag der Graveure darf demnach glatt abgelehnt werden.

Etwas anderes ist es mit mehreren Anträgen auf Gründung eines Zentralfreiefonds unter der Verwaltung der Generalkommission durch Erhebung von Extrabeiträgen, der mit den bedeutenden Unterstüßungssummen begründet wird, die die seit Jahren sich häufenden großen Kämpfe erfordern und wofür die Finanzen der einzelnen Verbände auf längere Dauer nicht ausreichen. Der Gedanke an sich ist ja durchaus schön, es fragt sich nur, ob die Verbände regelmäßig sich wiederholende neue Beitragssummen übernehmen wollen. Wir bezweifeln das sehr stark. Die Entscheidung darüber muß aber natürlich jeder Gewerkschaft selbst vorbehalten bleiben. Der Antrag: Überschüsse, die aus Streikunterstützungen durch die gesamte Arbeiterschaft sich ergeben, nicht der eigenen Verbandskasse zuzuführen, sondern an die Generalkommission zum Zwecke der Streikunterstützung abzuliefern, erscheint selbstverständlich. Die Agitation für Beseitigung des zeitweiligen Kost- und Logispwanges bei den Unternehmern hat bereits planmäßig auf der ganzen Linie eingesezt; die begüßliche Zentralkommission in Berlin macht einige gute Vorschläge zur weiteren Förderung derselben, die wohl angenommen werden dürften. Die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter durch den Bundesrat, zu welchem Zwecke die Generalkommission an denselben eine Eingabe machen soll, wird ebenfalls die Zustimmung des Kongresses finden. Ob auch die beantragte Vergrößerung des Korrespondenzblattes auf 24 Seiten beschlossen werden wird, bleibt abzuwarten. Entbehrlich würde dadurch das Lesen anderer Gewerkschaftsblätter nicht werden, wie der Verband der Kupferhämmer als Antragsteller meint. Ziemlich viel zu reden geben wird die Maifreie. Die dazu vorliegenden sechs Anträge wenden sich entschieden gegen eine Abschmächung. Hoffentlich gelingt es dem Kongresse, einen Beschluß zu fassen, der in Zukunft eine einheitliche Feier ermöglicht.

Einen ungemein weitgehenden Antrag von unermeßlicher Tragweite haben unsere Kollegen in Hferloh gestellt: nämlich die Verschmelzung sämtlicher Zentralverbände zu einer einzigen Riesenorganisation, um die wirtschaftlichen Kämpfe leichter führen und bestehen zu können. Der Grund ist nicht durchschlagend und überzeugend genug, um dem Antrag die Annahme zu sichern und wir sind nicht Zentralisten genug, um ihm unsere Zustimmung geben zu können. Wir halten uns überzeugt, der Antrag wird ungefähr die gleiche ablehnende Aufnahme überall finden. Die organisierte Arbeiterschaft mit ihren starken demokratischen Empfindungen will sicherlich keine allmächtige gewerkschaftliche Bureautratie nach Schema F. und als Seitenstück zu der allmächtigen, herrschsüchtigen und despotischen Bureautratie der Monarchie. Die klassenbewußte Arbeiterschaft bekämpft nicht die alte Herrschaft und strebt die Abschaffung der alten Herren an, um sich dafür neue Herren anzuschaffen. Ein solcher Ausgang wäre wahrlich die Opfer nicht wert, die die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten für ihre Emanzipation gebracht hat und die jener zu bringen sie willens und entschlossen ist. Und wir meinen zudem, daß unseren Kollegen in Hferloh innerhalb ihres engeren Bezirks in der Metallindustrie noch so viel zu tun übrig ist, daß sie nicht in die Ferne zu schweifen brauchen.

Etwas anderes ist es mit den vorliegenden Anträgen auf Gründung von Industrieverbänden. Der Gedanke ist längst und zwar mit Erfolg verwirklicht und diese Frage daher grundtätlich und praktisch gelöst worden, gerade unser Verband ist ja ein beweissträchtiges Argument dafür. Merkwürdig ist, daß der Punkt Generalfreie nur einen einzigen Antrag gestattet hat. Das längere Zeit hindurch von den Anhängern des Generalfreie betriebene geräuschvolle Agitieren vermochte demnach nicht in die Tiefe zu dringen. Es ist deshalb starker Übereifer des Buchdrucker-Korrespondent, wenn er in zwei Artikeln den ohnehin toten Generalfreie noch „töter“ schlägt. Er wird vom Gewerkschaftskongress in Köln nahezu einstimmig abgelehnt und dadurch völlige, ungeweihte Klarheit über die Stellung der deutschen Gewerkschaft zu dieser Frage geschaffen werden. Die Frage des politischen Massenstreiks dagegen soll offen gelassen werden, sie steht auch gar nicht auf der Tagesordnung des Kölner Kongresses und es liegen auch keinerlei bezügliche Anträge vor. Der politische Massenstreik ist eben nicht Sache der Gewerkschaften, sondern der politischen Arbeiterpartei.

Ein vollgerichtetes Maß Arbeit harret des Gewerkschaftskongresses in Köln. Wir wünschen seinen Verhandlungen die besten Erfolge zu Aug der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zu Aug der deutschen Arbeiterschaft!

Die Aussperrung nach dem Abc.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hielt am 1. Mai eine Ausschlußsitzung ab. Den Hauptpunkt der Beratungen bildete, wie aus dem Bericht in Nr. 18 der Arbeitgeber-Zeitung zu ersehen, der Menschliche Aussperrungsplan nach dem Abc. „Man nahm“, wie es in dem Bericht heißt, „Abschied von der eingehenden Beratung über die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel an sich, da die Stellungnahme zu dieser Frage den einzelnen Bezirksverbänden vorbehalten bleiben muß. Demgemäß beschloß die Versammlung sich auf eine Erwägung der Möglichkeit, das in Rede stehende System dann in Anwendung zu bringen, wenn es sich um Aussperrungen handelt, die sich über den ganzen Bereich des Gesamtverbandes zu erstrecken haben. Man verkannte nicht, daß die Vereinerung der Arbeiter in große Zentralorganisationen, wie eine solche der Metallarbeiter-Verband darstellt, die Bekämpfung der Streiks wesentlich erschweren und ihre Gefährlichkeit für das Unternehmertum ebenso erhöhen muß, da die Konzentrierung der Finanzmittel jener Organisationen eine um so nachhaltigere Unter-

stützung der partiellen Streiks zur Folge haben muß. Es ist als sicher anzunehmen, daß die einzelnen Unternehmer, ja, daß selbst die einzelnen Organisationen schließlich ganz außerstande sein werden, sich der gegen sie gerichteten Angriffe zu erwehren, wenn ihnen nicht Hilfe von außen zuteil wird. Ob eine solche Hilfe von der neu geschaffenen Gesellschaft zur Entschädigung in Streikfällen in ausreichender Weise geleistet werden kann, läßt sich nicht bestimmt voraussagen, weil es keineswegs als ausgeschlossen zu gelten hat, daß die aus Hunderttausenden von Einzelquellen gespeisten Fonds der Gewerkschaftsorganisationen schließlich die der Gesellschaft bestenfalls zur Verfügung stehenden Finanzmittel doch noch erheblich übertragen.“

Herr Mend hat bekanntlich, bevor er sein Aussperrungsprojekt nach dem Abc ausheckte, die Streikversicherung der Metallindustriellen in einem Vortrag (siehe Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung) behandelt. Damals stand es bei ihm hombenfest, daß diese Versicherung auf der von ihm mitgeteilten Grundlage für alle Fälle ausreiche. Die Kritik, die daran von der Arbeiterpresse geknüpft wurde, hat gewirkt, denn die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen klingen sehr wenig zuversichtlich. Nun ist bezüglich der Streikversicherung „nichts bestimmtes vorherzusagen“. Darum ersann Herr Mend das andere Mittel, die Aussperrung nach dem Abc. Und dieses Mittel wird jetzt den Unternehmern mit der gleichen „Zuversicht“ und „Ufdringlichkeit“ als Universalmittel angepriesen, wie vor einigen Monaten die Streikversicherung. In dem eingangs erwähnten Bericht der Arbeitgeber-Zeitung heißt es nämlich unmittelbar nach obigem Zitat:

„Dann aber kann ein erfolgreicher Widerstand eben nur noch mit Hilfe einer allgemeinen Aussperrung bewirkt werden, besonders im Hinblick darauf, daß die betreffenden Arbeiterorganisationen ihre Klassen immer wieder von jenen Arbeitern füllen lassen, die an der betreffenden Streikbewegung zurzeit nicht teilnehmen. In Anbetracht der Unwiderlegbarkeit dieser Tatsachen fühlte sich die Verammlung um so mehr zu dem Ausdruck des Dankes dafür verpflichtet, daß der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände sich mit der Frage der Ausführbarkeit frühzeitig beschäftigte, als sich bisher die Vergrößerung in der Vorbereitung von Maßregeln der Gegenwehr seitens des Unternehmertums schon wiederholt bitter gerächt hat. Als feststehend wurde die Tatsache angesehen, daß die bisher übliche Art der Aussperrung, der zufolge ein Zehntel der beschäftigten Arbeiter nach dem andern entlassen wird, für solche Aussperrungen nicht anwendbar ist, die sich über ganze Bezirke oder über das ganze Reich erstrecken. Ebenso hielt man es nicht für angängig, lediglich die organisierten Arbeiter auszuschließen, da nach den vorliegenden Erfahrungen die Zugehörigkeit zu den Verbänden und Organisationen entweder gar nicht festzustellen ist, oder aber von der gegnerischen Seite gern dazu ausbeutet wird, um das Unternehmertum beabsichtigter Zuwiderhandlung gegen die Koalitionsrecht der Arbeiter normierenden gesetzlichen Bestimmungen zu bezichtigen. Demgemäß erkannte man an, daß die alphabetisch erfolgende Aussperrung die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Haltung der Gewerkschaften noch am ehesten gewährleisten würde, sobald diese es darauf anlegen, durch zahlreiche Einzelstreiks systematisch auf die Niederwerfung des Unternehmertums hinzuarbeiten. Als ausgeschlossen sei es natürlich nicht zu betrachten, daß das empfohlene System sich wesentlich vervollkommen lasse. Demgemäß wurde der Vorstand ersucht, dieser Frage dauerndes Augenmerk zu schenken und gelegentlich über die gemachten Beobachtungen zu berichten.“

Nach diesem Bericht scheint die Stimmung im Ausschuß des „Gesamtverbandes“ keine besonders gehobene gewesen zu sein. Bezeichnend ist es gewiß, daß in Nr. 18 der Arbeitgeber-Zeitung der ursprüngliche Entwurf Mend's abgedruckt wird, nachdem er schon in Nr. 14 des Scharfmacherblattes — notgedrungen, wegen Veröffentlichung durch den Vorwärts! — mitgeteilt worden war. Diese wiederholte Veröffentlichung erfolgt „im Hinblick darauf, daß diese Kreise der Bevölkerung, die über die einschlägigen Verhältnisse doch nur sehr oberflächlich unterrichtet sind, infolge dieser unabsichtlichen Publikation (durch den Vorwärts!) zu einer bedauerlichen Verkennung des Sachverhalts veranlaßt worden sind...“

Das ist das „offizielle“ Eingeständnis, daß die Öffentlichkeit das Urteil in vernichtendem Sinne über das Aussperrungs-Abc gesprochen hat. Dem Aussperrungsentwurf Mend's wird dann in der Arbeitgeberzeitung noch hinzugefügt:

„Der von diesem Entwurf vorurteils Kenntnis nimmt, wird ohne weiteres zugeben, daß das in Vorstehendem gebrachte System zwar eine nachhaltige Wirkung zu erzielen sehr wohl geeignet ist, daß es andererseits aber einzig und allein darauf abzielt, der dauernden Beunruhigung der Arbeitsverhältnisse durch die Anzettelung unaufhörlicher Streiks nachhaltig vorzubeugen und die Arbeiter so auf den Weg friedlicher Verständigung zu verweisen. Wünschen die Gewerkschaftsführer dazuhin, daß es ihnen nicht um die Durchführung politischer Pläne, um die Verwirklichung kollektivistischer Absichten zu tun ist, sondern nur um die Vertretung berechtigter Interessen ihrer Gefolgschaft, dann werden sie anerkennen müssen, daß die Gleichheit der verfügbaren Mittel die beste Grundlage abgibt für die Verhandlungen von Organisation zu Organisation. Zeugen sie das ab, dann wissen die Unternehmer, woran sie sind, und werden danach zu handeln suchen.“

Wir schenken dem „Gesamtverband“ und der Arbeitgeber-Zeitung die abgedroschene infame Phrase von der dauernden „Beunruhigung der Arbeitsverhältnisse durch die Anzettelung unaufhörlicher Streiks“. Als eine Heuchelei schlimmster Art müssen wir es aber bezeichnen, wenn sich diese Herrschaften jetzt den Anschein geben, als hätten alle ihre brutalen Maßregeln und Pläne nur den Zweck, die Arbeiterschaft auf den Weg friedlicher Verständigung zu verweisen. Wer war es denn, der stets die Hand zu Verhandlungen von Organisation zu Organisation unter den wichtigsten Vorwänden zurückgewiesen hat? Wir brauchen ja nur daran zu erinnern, welche Haltung der

„Gesamtverband“ und die Arbeitgeber-Zeitung eingenommen haben zu dem Zirkular, das der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im vorigen Jahre an die Unternehmerorganisationen und die einzelnen Unternehmer der Eisen- und Metallindustrie richtete, das auf friedlichem Wege ein verbindliches Abkommen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses“ bezweckte. Man lese die Briefe nach, die darüber zwischen dem Metallarbeiter-Verband und dem „Gesamtverband“ geschickt wurden. Kaum war damals das Zirkular unseres Vorstandes versandt, ging eine regelrechte Hege dagegen los. Als der „Gesamtverband“ dann in die Enge getrieben war, gebrauchte er die Ausflucht, der Metallarbeiter-Verband gehöre „als sozialdemokratische Gewerkschaft einer Revolutionspartei an“. Dieses Leitmotiv erklingt ja auch jetzt wieder, denn die Redewendung von „politischen Plänen“ und „kollektivistischen Absichten“ ist auf den gleichen Ton gestimmt. Auch das ist wieder ein Vorbehalt. Daß aber unsere Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts mit „politischen Plänen“ und „kollektivistischen (dies: kommunistischen) Absichten“ zu tun haben, wissen die Scharmacher ganz genau. Dieses Gerübe ist so einfältig, daß man sich nicht weiter damit zu beschäftigen braucht.

Wie hat sich der „Gesamtverband“ dann bei einzelnen Differenzfällen verhalten? Nur einige Beispiele: Im September vorigen Jahres lehnte er es bei den Differenzen im Berliner Formergewerbe ab, von der Organisation zu Organisation zu verhandeln. Das gleiche war später in Rammstätt, Durlach und Karlsruhe der Fall. Wer ist es ferner gewesen, der unter nichtigen Vorwänden einer Verhandlung von Organisation zu Organisation aus dem Wege ging über die Vorschläge unseres Vorstandes zur Behebung von Mißständen im Gießereigewerbe?

Dann wäre es gewiß für die Öffentlichkeit sehr interessant, wenn der „Gesamtverband“ endlich einmal mitteilen würde, wie weit die Verhandlungen über die Einsetzung einer Schlichtungskommission für die ganze Berliner Metallindustrie gediehen sind, namentlich aber, auf welcher Grundlage sie errichtet werden soll.

Der „Gesamtverband“ braucht nur ohne Vorbehalt und ohne Hintertgedanken mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verhandeln, dann brauchen sich seine Leiter und „Generalsekretäre“ nicht länger ihr Hirn zermartern über Streikversicherung und Aussperrungs-ABC. Aber sie werden unbeeinträchtigt durch alle Mißerfolge ihre Pläne weiter spinnen. Nachdem wir jedoch „ihren bösen Sinn erkannt“, können wir uns zur Abwehr rüsten.

Caribewegung in der Münchner Maschinenindustrie.

Im Oktober 1904 kam ein Einigungsamt München mit der Maschinenfabrik Maffei nach 9tägigem Streik der Lender- und Rahmenbauer für diese Branchen ein Vertrag zustande, in dem festgelegt ist:

1. Der Verdienst beträgt nach einvierteljähriger Beschäftigung für Werkstattdrehler 32 Pf. pro Stunde, für Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter der Lenderpartie 35 Pf. pro Stunde, für jugendliche Schloffer (18 bis 20 Jahre) 35 Pf. pro Stunde, für ältere Schloffer 40 Pf. pro Stunde, für selbständige Arbeiter nicht unter 45 Pf. pro Stunde, in der Winkelschmiede für Feuerschmiede nicht unter 50 Pf. pro Stunde, für Schläger und Heizer nicht unter 40 Pf. pro Stunde, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Tagelohn- oder Affordarbeiter handelt.
2. Schloffer und Schmiede, einschließlich der Heizer und Schläger der Winkelschmiede, erhalten mit Ausnahme der Arbeitsbefreiungen eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde. Außerdem erhalten alle Maschinenarbeiter, die in provisorischen Afford mit mindestens 42 Pf. pro Stunde abgerechnet wurden, einen Stundenlohn von 35 Pf., die übrigen Maschinenarbeiter eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde.
3. Bei Affordarbeiten wird der Preis bei Übernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und wird der Tagelohn garantiert. Bei sogenannten „provisorischen“ Afforden wird ein 20prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Die vereinbarten Afforde werden stets voll ausbezahlt.
4. Arbeiter, die ausbühweise Arbeiten höherer Sparten verrichten, erhalten möglichst den dieser Sparte entsprechend höheren Lohn. Denjenigen, die Arbeiten niederer Sparten verrichten, darf der Stundenlohn nicht verkürzt werden.
5. Die Firma verpflichtet sich, an den bisher bezahlten Löhnen im allgemeinen keine Verschlechterungen vorzunehmen.
6. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.
7. Der Vertrag läuft mit einmonatlicher Kündigung bis zum 1. Mai 1905 und, im Falle derselbe nicht gekündigt wird, jeweils auf ein Jahr weiter. Der kündigende Teil verpflichtet sich, alsbald nach der Kündigung das Einigungsamt anzurufen.

Alle Anzeichen deuteten aber zu Anfang des Jahres darauf hin, daß die Firma Maffei diesen Vertrag, so unvollkommen er auch ist, doch aus der Welt schaffen wollte. Dem Metallindustriellen-Verband ging dieses Wenige ganz gegen den Strich. In Anbetracht dieser Situation arbeitete die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands Vertragsentwürfe für die Firmen Krauß & Co., Maffei (beides Lokomotivfabriken), Rathgeber (Wagonfabrik), Landes (Maschinenfabrik) aus. Diesen Entwürfen schlossen sich alle freien Organisationen an. Die Tarifentwürfe enthielten für die einzelnen Firmen folgende Forderungen:

- Krauß & Co. 1. Eine 10prozentige Erhöhung der Stundenlöhne mit entsprechender Erhöhung der Affordätze. Diese nach der Erhöhung sich ergebenden Stundenlöhne werden bei der Berechnung nicht mehr auf 60 Stunden pro volle Woche, sondern auf 57 Stunden der wirklich geleisteten Arbeitszeit umgelegt. 2. Die Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen für Affordarbeiten betragen nicht unter: 32 Pf. für Werkstattdrehler, 35 Pf. für Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter nach 3monatlicher Tätigkeit, 35 Pf. für selbständige Schloffer, Dreher, Kupferschmiede, Spengler, Zimmerer von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für Schloffer, Dreher, Kupferschmiede, Spengler, Zimmerer über 20 Jahre, 45 Pf. für selbständige Schloffer, Dreher, Kupferschmiede, Spengler, Zimmerer, 50 Pf. für Feuerschmiede und Partieführer, 45 Pf. für Schmiede (Schläger und Heizer) und Kesselschmiede, 40 Pf. für Hammerführer. Diese Stundenlöhne treten auch für solche Arbeiter in Kraft, bei denen sie trotz 10prozentiger Erhöhung nicht erreicht werden. 3. Bei Affordarbeiten wird der Preis bei Übernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und werden 20 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn als Affordmindestverdienst gewährt. Bei sogenannten „provisorischen“ Afforden wird ein 20prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Afforde werden stets voll ausbezahlt. 4. Die Auszahlung erfolgt arbeitslos. 5. Arbeiter, die ausbühweise Arbeiten höherer Sparten verrichten, erhalten den dieser Sparte entsprechend höheren Lohn. Den Arbeiten niederer Sparten verrichten, darf der Stundenlohn nicht verkürzt werden. 6. Die Firma verpflichtet sich, an den sich auf Grund dieser Vereinbarung ergebenden Verdiensten keine Verschlechterung vorzunehmen. 7. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 8. Vorstehende Vereinbarung wird mit den Organisationen auf ein Jahr bei einmonatlicher Kündigungsfrist vertragsmäßig festgelegt.
- Maffei 1. Eine 10prozentige Erhöhung des Stundenlohnes. 2. Die Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen für Affordarbeiten betragen nicht unter: 32 Pf. für Werkstattdrehler, 35 Pf. für Maschinenarbeiter, 35 Pf. für selbständige Schloffer und Dreher, 40 Pf. für ältere Schloffer und Dreher von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für jüngere Schloffer und Dreher von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für ältere Schloffer und Dreher, 45 Pf. für selbständige Schloffer und Dreher, 50 Pf. für Feuerschmiede, 40 Pf. für Schmiede, Schläger und Heizer, 38 Pf. für Hammerführer, 35 Pf. für Maschinenarbeiter, 32 Pf. für Werkstattdrehler und Hofstadler, 35 Pf. für Werkstattdrehler und Hofstadler nach 3monatlicher Tätigkeit, 35 Pf. für Maschinenarbeiter, 30 Pf. für Schloffer und Dreher im ersten Jahr nach vollendetem Lehrzeit, 35 Pf. für Schloffer und Dreher von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für ältere Schloffer und Dreher, 45 Pf. für selbständige Schloffer und Dreher, 50 Pf. für Formner von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für Formner von 20 bis 23 Jahren, 45 Pf. für Formner über 23 Jahre, 50 Pf. für Feuerschmiede, Partieführer und selbständige Monteur, 40 Pf. für Schmiede (Schläger und Heizer) und Kesselschmiede. Diese Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen treten auch für solche Arbeiter in Kraft, bei denen sie trotz 10prozentiger Erhöhung nicht erreicht werden. 3. Die Affordätze werden bei Übernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und werden 20 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn als Affordmindestverdienst gewährt. Bei sogenannten „provisorischen“ Afforden wird ein 20prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Afforde, an denen der auf Grund dieser Vereinbarung erhöhte Verdienst nicht erreicht werden kann, werden entsprechend erhöht. Die vereinbarten Affordätze werden stets voll ausbezahlt. 4. Auf dem Jahresticket ist die Anzahl der Stunden und die Höhe des Stundenlohnes oder Abschlags zu vermerken. 5. Die Arbeitszeit beginnt Montag früh 7 Uhr. An Samstagen und Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr endet die Arbeitszeit um 4 Uhr. Eine Verdienstminderung darf durch diese Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten. 6. Für Überstunden 25 Prozent Zuschlag, für Nachtarbeit 50 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Die Nachtarbeit beginnt zwei Stunden nach Arbeitschluss. 7. An den sich auf Grund dieser Festsetzungen ergebenden Verdiensten dürfen keine Verschlechterungen vorgenommen werden. 8. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 9. Vorstehende Vereinbarung wird mit den Organisationen auf ein Jahr bei einmonatlicher Kündigung vertragsmäßig festgelegt.

ren, 40 Pf. für Formner von 20 bis 23 Jahren, 45 Pf. für Formner über 23 Jahre, 50 Pf. für Feuerschmiede und Partieführer, 35 Pf. für Schmiede (Schläger und Heizer) und Kesselschmiede von 18 bis 20 Jahren, 45 Pf. für Schmiede (Schläger und Heizer) und Kesselschmiede über 20 Jahre, 40 Pf. für Hammerführer, 60 Pf. am Schweißofen für Wertschmiede und Schweißler, 65 Pf. am Schweißofen für Schmiedehelfer, 88 Pf. am Schweißofen für Partieführer. Diese Stundenlöhne treten auch für solche Arbeiter in Kraft, bei denen ihre Höhe trotz 10prozentiger Erhöhung nicht erreicht wurde. 8. Bei Affordarbeiten wird der Preis vor Übernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und werden 20 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn als Affordmindestverdienst gewährt. Bei sogenannten „provisorischen“ Afforden wird ein 20prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Die vereinbarten Afforde werden stets voll ausbezahlt. 4. Arbeiter, die ausbühweise Arbeiten höherer Sparten verrichten, erhalten den dieser Sparte entsprechend höheren Lohn. Denen, die Arbeiten niederer Sparten verrichten, darf der Stundenlohn nicht gekürzt werden. 5. Am Schweißofen Einführung der im sonstigen Betrieb üblichen Pausen (10 stündige Arbeitszeit). 6. Die Firma verpflichtet sich, an den bisher bezahlten Verdiensten keine Verschlechterung vorzunehmen. 7. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 8. Der Vertrag läuft mit einmonatlicher Kündigung bis zum 1. Mai 1906 und im Falle er nicht gekündigt wird, jeweils auf ein Jahr weiter. Der kündigende Teil verpflichtet sich, alsbald nach der Kündigung das Einigungsamt anzurufen.

Rathgeber. 1. Eine 10prozentige Verdiensterhöhung für die Metallarbeiter und nichtgewerblichen Arbeiter. Bei deren Durchführung wird der wöchentliche Durchschnittsverdienst jedes einzelnen Arbeiters der letzten 8 Wochen festgestellt und um 10 Prozent erhöht. Diese sich ergebende Verdienstsomme wird bei der Berechnung nicht mehr auf 60 Stunden pro volle Woche, sondern auf 56 1/2 Stunden der wirklich geleisteten Arbeitszeit umgerechnet. 2. Die Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen betragen nicht unter: 35 Pf. für jüngere Schloffer und Dreher von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für ältere Schloffer und Dreher, 45 Pf. für selbständige Schloffer und Dreher, 50 Pf. für Feuerschmiede, 40 Pf. für Schmiede, Schläger und Heizer, 38 Pf. für Hammerführer, 35 Pf. für Maschinenarbeiter, 32 Pf. für Werkstattdrehler und Hofstadler, 35 Pf. für Werkstattdrehler und Hofstadler nach 3monatlicher Tätigkeit. Diese Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen treten auch für solche Arbeiter in Kraft, bei denen sie trotz 10prozentiger Verdiensterhöhung nicht erreicht werden. 3. Die Affordätze werden bei Übernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und werden 20 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn als Affordmindestverdienst gewährt. Afforde, bei denen der auf Grund dieser Vereinbarung erhöhte Verdienst nicht verdient werden kann, werden entsprechend erhöht. Bei den sogenannten „provisorischen“ Afforden wird ein 20prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Die vereinbarten Afforde werden stets voll ausbezahlt. 4. Auf dem Jahresticket ist die Anzahl der Stunden und die Höhe des Stundenlohnes oder Abschlags zu vermerken. 5. Die Arbeitszeit beginnt Montag früh 7 Uhr. An Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr endet die Arbeitszeit um 4 Uhr. Eine Verdienstminderung darf durch diese Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten. 6. An den sich auf Absatz 1, 2 und 5 ergebenden Verdiensten dürfen keine Verschlechterungen vorgenommen werden. 7. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 8. Vorstehende Vereinbarung wird mit den Organisationen auf ein Jahr bei einmonatlicher Kündigung schriftlich vertragsmäßig festgelegt.

Landes. 1. Eine 15prozentige Erhöhung der Stundenlöhne. Nach bisherigem Berechnungsmodus wurde bei voller Woche 60 Stunden bezahlt. Die sich nach dieser Berechnung ergebende erhöhte Verdienstsomme wird in Zukunft auf 57 Stunden bei voller Woche (der wirklich geleisteten Arbeitszeit) umgerechnet. 2. Die Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen bei Affordarbeiten betragen nicht unter: 32 Pf. für Werkstattdrehler, 35 Pf. für Maschinenarbeiter, 35 Pf. für selbständige Schloffer und Dreher, 40 Pf. für ältere Schloffer und Dreher, 45 Pf. für selbständige Schloffer und Dreher, 50 Pf. für Formner von 18 bis 20 Jahren, 40 Pf. für Formner von 20 bis 23 Jahren, 45 Pf. für Formner über 23 Jahre, 50 Pf. für Feuerschmiede, Partieführer und selbständige Monteur, 40 Pf. für Schmiede (Schläger und Heizer) und Kesselschmiede. Diese Stundenlöhne oder Abschlagszahlungen treten auch für solche Arbeiter in Kraft, bei denen sie trotz 15prozentiger Erhöhung nicht erreicht werden. 3. Die Affordätze werden bei Übernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und werden 20 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn als Affordmindestverdienst gewährt. Bei sogenannten „provisorischen“ Afforden wird ein 20prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Afforde, an denen der auf Grund dieser Vereinbarung erhöhte Verdienst nicht erreicht werden kann, werden entsprechend erhöht. Die vereinbarten Affordätze werden stets voll ausbezahlt. 4. Auf dem Jahresticket ist die Anzahl der Stunden und die Höhe des Stundenlohnes oder Abschlags zu vermerken. 5. Die Arbeitszeit beginnt Montag früh 7 Uhr. An Samstagen und Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr endet die Arbeitszeit um 4 Uhr. Eine Verdienstminderung darf durch diese Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten. 6. Für Überstunden 25 Prozent Zuschlag, für Nachtarbeit 50 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn gewährt. Die Nachtarbeit beginnt zwei Stunden nach Arbeitschluss. 7. An den sich auf Grund dieser Festsetzungen ergebenden Verdiensten dürfen keine Verschlechterungen vorgenommen werden. 8. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 9. Vorstehende Vereinbarung wird mit den Organisationen auf ein Jahr bei einmonatlicher Kündigung vertragsmäßig festgelegt.

Am 27., 28., 29. und 30. März fanden Versammlungen der Arbeiter der vier Firmen statt, nachdem am 25. März eine gemeinsame öffentliche Versammlung vorausgegangen war. Diesen vier Versammlungen wurden die Entwürfe zur Beschäftigung unterbreitet, auch fand darin die Wahl der Kommissionsmitglieder statt. In allen Versammlungen beschwerten sich die „Christlichen“, daß sie nicht zugelassen worden seien, sie zeigten, es sei nur darauf abgesehen, ihre Organisation an die Wand zu drücken; sie müßten daher selbständig vorgehen. Ihre Organisation sei die zweitgrößte, die in Betracht käme, aber obwohl sie sich schon im Februar an den Deutschen Metallarbeiter-Verband gewandt hätten, seien sie nunmehr abgewiesen worden.

Nach unserer Information kamen die Christlichen erst an vierter Stelle und nur in zwei Betrieben (Krauß und Maffei) überhaupt in Betracht. Die Organisationen waren in folgender Stärke vertreten: Deutscher Metallarbeiter-Verband 1520 Mitglieder, Fabrikarbeiter-Verband 330, Schmiede-Verband 210, Christliche 180, Holzarbeiter 130, Hirsch-Dandert 60, andere freie Organisationen 30.

Die Christlichen verlangten, daß ihre Organisation zu den Verhandlungen von Anfang an in den einzelnen Fabriken zugelassen wird. In die engeren Kommissionen verlangten sie zwei bis drei Kollegen, die von Grund auf mitarbeiten können an den Vorschlägen der einzelnen Fabriken. Würde zu den einzelnen Kommissionen ein Vertreter unserer Organisation zugelassen, so sei jedesmal auch ihre Organisation rechtzeitig zu verständigen, um es ihnen zu ermöglichen, auch einen Vertreter entsenden zu können. In allgemeinen Verfassungen und Fabrikversammlungen solle jeder Organisation das gleiche Recht am Wort und am Wahlrecht zu sprechen zu vermerken. Bei Abschließung von Tarifverträgen an Gewerbergericht müßten beide Organisationen vertreten sein und auch beide Organisationen unterzeichnen. Ihre Organisation verpflichtete sich, prozentual zu den allgemeinen Kosten beizutragen. — Wir antworteten, daß ihre Vorschläge nicht akzeptabel seien; daß sich unsere Organisation nach ihren Vorschlägen nicht richten könne, sei ihnen wohl selbst klar, um so mehr als in manchen Betrieben ihre Organisation überhaupt nicht in Frage komme, weshalb die Verantwortung ohnehin uns allein zuzufallen. Wir hatten daran, daß ihre Organisation an dem von uns als zweckmäßig erklärten Zeitpunkt in Kenntnis zu setzen. Diesen Zeitpunkt erachteten wir mit der Unterbreitung der Entwürfe in den Fabrikenversammlungen für gekommen. — In der Versamm-

lungen für Rathgeber und Landes wurden die freien Organisationen einstimmig, bei Krauß gegen eine Stimme und bei Maffei gegen zehn 40 Stimmenenthaltung mit der Vertretung beauftragt. In der Kraußschen Versammlung proklamierte der Vertreter der Christlichen Stimmenenthaltung, wurde jedoch von seinen Kollegen im Stich gelassen. Die Hirsche, die nur bei Maffei in Betracht kommen, erklärten sich mit dem Entwurf einverstanden.

Am 1. April gingen unsere Entwürfe an die Firmen ab. Die Christlichen sandten ebenfalls Entwürfe mit weitergehenden Forderungen und zweijähriger Vertragsperiode an die Firmen Krauß und Maffei ein. Diesem Beispiel folgten dann auch die Hirsche; deren Forderungen waren den unserigen gleich, jedoch verlangten sie auch zweijährige Vertragsdauer.

Die Folge war, daß die vier Firmen erklärten, nur mit ihren Arbeitern und nicht mit den Organisationen verhandeln zu wollen. Die gewählten Kommissionen würden ja doch nicht alle Arbeiter vertreten, wie sich aus dem Vorgehen der Christlichen und Hirsche ergebe. Daher erlaubten sich die Firmen, die Kommissionen zu ergänzen und zogen beliebige Arbeiter zu. Die Arbeiter erklärten sich in Fabrikversammlungen dagegen, worauf geheime Wahlen in den Fabriken angeordnet wurden. Aus diesen Wahlen gingen unsere zuerst bestimmten Kommissionen wieder hervor.

Die Firma Maffei gab nun der Kommission die Antwort: Zehn Prozent Lohnerhöhung ist nicht möglich. Die Löhne sollen einer Revision unterzogen und im Bedarfsfall erhöht werden; groß könne jedoch die Erhöhung keineswegs ausfallen. Tarife werden keine vereinbart, ebensowenig Mindestlöhne oder Affordmindestverdienste. Eine Garantie, die bisherigen Verdienste hochzuhalten, könne nicht gegeben werden.

Diese Antwort befriedigte nach keine: Richtung, um so weniger als die Betriebsgenieure noch ganz enorme Affordabzüge (bis zu 30 Prozent) vornehmen wollten, auch im Lender- und Rahmenbau, wo der Vertrag noch zu Recht besteht. In der Fabrikversammlung wurde einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten. Es legten daher am 19. April die 97 Arbeiter der Schlichterei und Kupferschmiede die Arbeit nieder. Am 22. April warf die Firma 75 Mann auf die Straße, nachdem in der Zwischenzeit schon Entlassungen vorgenommen waren. Am 24. April beschlossen die Arbeiter, die Dreherei stillzulegen. Es sind bis 5. Mai bei Maffei 214 Streikende und 273 Gemahregelte zu verzeichnen.

Die Firma Landes will die Arbeitszeit um eine Stunde die Woche verkürzen. Außerdem eine genaue Lohnrevision vornehmen und die Prozente für Überstunden gewähren. Einen Vertrag mit den Arbeitern will sie nicht abschließen, auch keine Mindestlöhne gewähren. Die Lohnerhöhung fiel auch sehr mager aus. Die meisten erhielten 2 Pf. pro Stunde mehr, die durch den Modus, in Zukunft 58 statt 60 Stunden pro Woche zu bezahlen, keine Lohnerhöhung bedeutet. Infolge dieses unbefriedigenden Resultats legten am 17. April sämtliche 33 Arbeiter der Kesselschmiede die Arbeit nieder. Diesen folgten am 28. April die Schloffer und Dreher, nachdem inzwischen 11 Mann gemahregelt wurden.

Die Firma Rathgeber erklärte ebenfalls, nur eine Revision der Löhne vornehmen zu können, und sollte sich die Verbesserung zwischen 1 bis 3 Pf. pro Stunde bewegen. Die Einführung von Lohn- und Affordzetteln werde voraussichtlich im Monat Mai und Juni bewerkstelligt werden. Sollten diese Zugeständnisse nicht genügen und es zum Streik kommen, würden auch diese zurückgezogen. Die Arbeiter riefen das Einigungsamt an. Der Herr Direktor Schraut erklärte dort jedoch, „prinzipiell“ nicht zu verhandeln. Auf Verträge lasse er sich absolut nicht ein und verhandeln wolle er nur mit „seinen“ Arbeitern innerhalb der Fabrikmauern. Unter Verhandeln versteht jedoch Herr Schraut nur das Abgeben von Erklärungen. Am 28. April legten daraufhin 127 Arbeiter der Schmiede und des Wagenbaues (in letzterem blieben ganze acht Mann stehen) die Arbeit nieder.

Die Firma Krauß & Co. machte die meisten Zugeständnisse. Sie will im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. die Stunde vornehmen und eine entsprechende Erhöhung der Afforde gewähren. Allgemein sollten Affordzettel eingeführt werden. Die Auszahlung soll statt vierzehntägig achttägig vorgenommen werden. Jedoch werden auch Verträge entschieden abgelehnt. Die Arbeiter dieser Firma nehmen vorerst eine abwartende Stellung ein.

Bis Samstag den 6. Mai befanden sich 704 Arbeiter in der Bewegung, 413 Streikende und 291 Gemahregelte. Die Fabrikanten, die ziemlich scharf mit Maßregelungen antworteten, haben diese bereits ganz eingestellt. Die Zukunft wird lehren, aus welchen Gründen dies geschieht.

Die Christlichen sind verärgert und sie helfen sich mit Schimpfen auf uns und mit „Schmäulen“ über die Situation hinweg. Die Herren, die so furchtbar aufgebracht sind, daß man sie „an die Wand drücke“, haben dies selbst nicht nur gründlich besorgt, sondern sich zur Ohnmächtigkeit und Lächerlichkeit herabgewürdigt. In diesem Gefühl der Ohnmächtigkeit fragen die betäubten Lohrgerber nun, ob die Metallarbeiter Münchens stark genug wären, einen äußersten Kampf zu führen. Ja, man geht noch weiter und sucht die Bewegung in möglichst schiefes Licht zu bringen, indem man schreibt: „Darüber, wie Beschüsse zustande kommen, wollten sie vorerst schweigen.“ Eine Organisation, die unter circa 3000 Beteiligten mit 180 Mann vertreten ist und glaubt, mit diesen und nur für diese im Gegensatz zu der Allgemeinheit höhere Forderungen stellen zu müssen und dadurch die Arbeiter zerplittert, die sich jedoch dann noch erdreißelt und fragt, ob man stark genug sei, hat sich in den Augen jedes Verständigen selbst gerichtet.

Die Hirsch-Dandertchen, die glauben, es den Christlichen nachmachen zu müssen, die auch bei den Kommisionenwahlen noch mit ihnen gemeinschaftliche Sache machten, besannen sich noch. Sie zogen ihren Tarifentwurf zurück und traten für unseren Entwurf ein.

Nun noch ein Wort zu den Verträgen selbst. Sehr unangenehm ist den Herren Fabrikanten, daß die bayerische Regierung, die Hauptabnehmerin ihrer Fabriken, in einem erst kürzlich erfolgten Erlaß das Zustandekommen von Tarifverträgen in günstigem Sinne begünstigt. Namentlich sucht man alle Hebel in Bewegung zu setzen, um glaubhaft zu machen, daß in der Maschinenindustrie Verträge nicht möglich wären. Der Regierung erklärt man, sie solle in Zukunft, bevor sie Erlasse herausgibt, auch die Interessenten hören. Mit anderen Worten: Sie solle nach der Pfeife der Scharfmacher tanzen. Bei Maffei ist man sogar so nobel, zu sagen: „Im vorigen Herbst wäre man eben zu dem Vertrag gezwungen worden.“ Die Herren wollen also auch diesmal gezwungen sein.

In Anbetracht der hiesigen Verhältnisse sind die Forderungen als minimal zu bezeichnen und es fällt den Herren auch schwer, dies zu befreiten. Jedoch, wo Gründe fehlen, erklärt man kategorisch: Verträge gibt's nicht, davon darf gar nicht die Rede sein, prinzipiell werden Verträge nicht geschlossen.

Wie die Situation jetzt steht, können die Metallarbeiter zufrieden sein. Auf der ganzen Linie eine Einigkeit, wie sie noch niemals unter den Metallarbeitern zu verzeichnen war. Beharren die Fabrikanten noch länger auf ihrem ablehnenden Standpunkt, dürfte die Kraft der Münchener Metallarbeiter unterschätzt haben.

Die Absperrung in Bremen

endele durch die Vermittlung des Herrn Gewerberats Dr. Meyer mit einem Vergleich. Herrn Dr. Meyer ist es zu danken, daß die Fäden der Verhandlungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Direktion der Aktiengesellschaft „Weyer“ unterbreitete darauf eubgültige Vorschläge, denen wir folgendes entnehmen:

I. Arbeitszeit.

Bei eintretendem Arbeitsmangel soll, bevor Arbeiterentlassungen größeren Umfangs eintreten, möglichst die Arbeitszeit verkürzt werden. Im Winter kann die Arbeitszeit bei einzelnen Gruppen auch ohne Arbeitsmangel verkürzt werden, doch soll dies möglichst vermieden werden.

II. Löhne.

Die Löhne werden so festgesetzt, wie sich dies aus den heute (5. Mai) bei dem Herrn Vorsitzenden des Gewerbegerichtes deponierten Lohnlisten ergibt.

III. Akford.

Diejenigen Akfordarbeiten, welche sich regelmäßig zu wiederholen pflegen, sollen einer eingehenden Prüfung unterworfen werden. Dabei sollen, soweit dies angängig erscheint, bestimmte Akfordsätze festgesetzt werden, von welchen dem Arbeiterauschuß Kenntnis gegeben wird. Bei Festsetzung derselben wird angestrebt werden, daß bei ordnungsmäßiger Arbeitsleistung ein angemessener Überschuß erzielt wird.

In jedem Monat ist über diejenigen erledigten Akfordarbeiten, welche weniger als 20 Prozent Akfordüberschuß ergeben haben, die Betriebsleitung verpflichtet, der Direktion Bericht zu erstatten, um dadurch derselben Gelegenheit zu geben, die betreffenden Akfordsätze eventuell aufzubessern.

Bei Übernahme von Akfordarbeiten ist den Betreffenden ein Akfordzettel einzuhandigen, auf welchem der Preis der betreffenden Akfordarbeit verzeichnet ist. Die Kolonnenführer sind verpflichtet, denselben ihren Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen. Ist die Betriebsleitung oder ein Arbeiter vor Fertigstellung von Akfordarbeiten das Arbeitsverhältnis, so wird dem betreffenden Arbeiter nach Fertigstellung der Akfordarbeit der ihm zustehende Teilbetrag ausbezahlt. Bei größeren Akforden, deren Fertigstellung längere Zeit in Anspruch nimmt, können Akfordvorschuße zu gewissen Zeiten, wie Mietstermin, Festtag u. s. w. gewährt werden.

IV. Diverse.

Den Arbeitern wird vor Beginn der Arbeitszeit morgens und mittags auf der Werk unentgeltlich Kaffee verabfolgt.

Die in dem eingereichten Kommentar aufgeführten Punkte erledigen sich größtenteils mit der demnächstigen Fertigstellung der Werkanlage von selbst, die Skantine kann allerdings als solche erst nach Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes in Gebrauch genommen werden. Im übrigen wird die Direktion bemüht sein, berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft, soweit angängig, entgegenzukommen.

Auch wurde eine Änderung der Arbeitsordnung in Aussicht gestellt, worunter sich auch diese befindet: „Bei Eintreten eines Arbeitsmangels soll, bevor Arbeiterentlassungen größeren Umfangs eintreten, möglichst die Arbeitszeit verkürzt werden. Im Winter kann die Arbeitszeit bei einzelnen Gruppen auch ohne Arbeitsmangel verkürzt werden, doch soll dies möglichst vermieden werden.“ Die übrigen Änderungen betreffen die Kündigungsfrist, die Ordnung im Betrieb, die Leistung von Vorschlägen bei Akfordarbeiten. Weiter soll ein Arbeiterauschuß als ständige Vertretung der Arbeiterschaft eingeleitet werden.

In der Versammlung der Ausgesperrten am 6. Mai wurde den Vorschlägen nach ausführlicher Erläuterung durch die Kommission zugestimmt. Die getroffenen Abmachungen bringen nicht unwesentliche Lohnaufbesserungen, wobei die schlechtestgestellten Arbeiter vorzugsweise bedacht sind. Für letztere sind Lohnerhöhungen von 2,8 und in einzelnen Fällen mehr Pfennigen pro Stunde, im allgemeinen aber eine Erhöhung um 1 Pf. pro Stunde erzielt worden.

Von Bedeutung für die Arbeiter ist auch die im Gange der Verhandlungen erfolgte Revision der Arbeitsordnung, die übrigens nicht als abgeschlossen gilt. Aber schon jetzt ist die Aufnahme der Bestimmungen über die Arbeitszeit wie über die Akfordvorschuße bereits gesichert. Auch die Einrichtung der achtstündigen statt der vierzehntägigen Lohnzahlung, wie die offizielle Anerkennung des Arbeiterauschusses sind nicht zu unterschätzende Fortschritte, denen gegenüber einigen anderen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes von der Werkleitung eingeschobene Bestimmungen der Arbeitsordnung nicht allzu großes Gewicht beizulegen ist.

Der diesmalige gewaltige Kampf in Bremen ist also rascher beendet worden, als man es nach seinen letzten Vorläufern annehmen durfte. Niemand weiß vorauszusagen, wie lange ein geschlossener Friede vorhält, ebensowenig wie vor drei Wochen jemand die Hiesenaussperrung und den dadurch hervorgerufenen Kampf hätte voraussetzen können.

Aber eines kann ausgesprochen werden: um so weniger brauchen die Arbeiter derartige Kämpfe zu fürchten, je stärker ihre Organisationen sind!

Zum Ausbau unseres Verbandes.

So wie mir wird es vielen Kollegen aufgefallen sein, daß bei der übergroßen Mehrzahl der Ausführungen in unserem Verbandsorgan unter der Rubrik „Zum Ausbau unseres Verbandes“ entweder für die Verbandsvorlage eingetreten oder lediglich der Kampfescharakter unseres Verbandes verteidigt wurde. Die Kollegen, die für das letztere sich ins Zeug legen, sind zum mindesten gegen eine weitere Ausdehnung des Unterstützungswezens. Ich will nun nicht versuchen, diese Kollegen eines Besseren zu belehren, sondern, da die meisten Verbandskollegen für die Erweiterung der Unterstützungen sind, mich mit der Vorlandsvorlage beschäftigen. Gerne glaube ich, daß der Vorstand die beste Absicht hatte, als er seine Vorschläge zur Meinungsäußerung veröffentlichte. Daß aber diese Vorlage zum Nutzen des Verbandes ausfällt und durchzuführen ist, bezweifle ich stark. Das größte Bedenken habe ich insofern, als die Verhältnisse in einer Großstadt und die auf dem Lande oder einer Kleinstadt so verschieden sind, daß ein Gleichwerden gegenüber allen Verbandsmitgliedern einfach unmöglich ist. Der Beitrag, der von einem Kollegen aus einem größeren Orte infolge besserer Lohnverhältnisse leicht bezahlt werden kann, ist einem Kollegen in einem kleineren Orte meistens kaum erswinglich, eben wegen der miserablen Löhne. Genau so, nur entgegengesetzt, verhält es sich auch mit den Unterstützungen. Diese Unterstützungsätze erreichen für viele Gegenden Deutschlands die Höhe des wirklichen Lohnes, während sie für einen Kollegen in einer Großstadt kaum zur Beilegung der notwendigen Bedürfnisse ausreichen. Nun sagte zwar Kollege Reichel: „Nicht die Beiträge sollen niedriger gesetzt werden, sondern die Löhne der Kollegen vom Lande müssen erhöht werden.“ Dazu ist aber Vorbedingung, daß diese Kollegen auch organisiert sind, und dieses ist leider meistens nicht der Fall. Unsere Kollegen in den größeren Städten streben voran, jedoch bilden die schlecht bezahlten Arbeiter der kleinen Orte den Kernstamm unseres Verbandes und aller Besserstellungsversuche. Meine Meinung ist die: geben wir diesen Arbeitsbrüdern Gelegenheit, sich zu organisieren und zwar entsprechend ihrem Verdienste, so wird sich noch manches ändern, mancher Kampf wird gewonnen werden, der unter den heutigen Verhältnissen verloren geht. Bei Löhnen von 1,80 Mk. bis 2,25 Mk., wie sie zum Beispiel in hiesiger Gegend noch sehr häufig bezahlt werden, ist ein Beitrag von 50 Pf. kaum zu leisten, besonders, wenn der Kollege verheiratet ist und eine starke Familie hat. Ich für meine Person halte den Vorschlag des Kollegen Hieserloh auf Klassifizierung der Beiträge für bedeutend annehmbarer und richtiger als eine allgemeine Erhöhung der Beiträge nach der Vorlandsvorlage. Im übrigen ist es sehr zweifelhaft, ob durch diese geringe Mehrleistung an Beiträgen die erweiterten Unterstützungen bezahlt werden können. Ich verhehle mir nicht, daß durch Einführung der Gewerbslosenunterstützung unser Verband einen sehr großen Zuwachs von Mitgliedern erhält, die entweder wegen zu hohem Alter oder Kränklichkeit von einer Hilfskassentafel nicht aufgenommen werden. Dieser Umstand muß unbedingt mehr beachtet werden. Zudem weist ein Artikel unter der Überschrift „Ein schändlicher Plan“ in Nr. 14 unseres Verbandsorgans darauf hin, was wir noch von den Unternehmern zu erwarten haben. Es ist also erforderlich, daß wir unser Kapital vermehren, um immer schlagfertig zu sein, um bei wirtschaftlichen Kämpfen aushalten zu können und nicht wegen Mangel an Geld den Kampf aufgeben zu müssen. Als letzten und auch beachtenswerten Grund zu meiner Stellungnahme für klassifizierte Beiträge führe ich noch den neuen Solltarif an. Glaubt nur, Kollegen, wenn dieser Brotwuchertarif in Kraft tritt, wird noch manche heute aufgestellte schöne Berechnung über den Gewinn geworfen. Nicht nur, daß die Preise für Lebensmittel bedeutend steigen werden, nein, selbst auf unsere Erwerbsverhältnisse wird er stark einwirken. Soviel sieht heute schon fest, daß mancher Industriezweig durch diesen Solltarif stark geschädigt, wenn nicht

ganz zu Grunde gerichtet wird. Und daß es immer der Arbeiter ist, auf den der entfallene Schaden abgewälzt wird, das wißt ihr so gut wie ich. Ich hege die feste Zuversicht, daß noch viele Kollegen nach einigem Nachdenken sich ebenfalls für die Klassifizierung der Beiträge erklären werden. Als einen großen Fehler würde ich es ansehen, wenn die Generalversammlung sich nicht für Schaffung verschiedener Klassen ausspräche. Die Folgen würden mir Recht geben.

Herford.

M. Pöbler.

Unsere Delegiertenwahlen.

Wie immer, so sind auch diesmal eine Reihe von Verwaltungsstellen mit der vom Vorstand vorgenommenen Wahlkreisinteilung unzufrieden. Die Ursache liegt in der Unmöglichkeit, Wahlabteilungen zu schaffen, die auch schwächeren Verwaltungen eine Vertretung auf der Generalversammlung sichern. Daß das ein unerquicklicher Zustand ist, ist klar. Doch eine Besserung kann nur durch eine Änderung des entsprechenden Paragraphen des Statuts (§ 21 Abs. 2) erzielt werden.

Mein Vorschlag, dessen Diskussion in den Versammlungen ich empfehle, geht nun dahin, daß die Wahlen, wie jetzt auch schon, bezirksweise vorgenommen werden. Verwaltungen mit 1000 und mehr Mitgliedern sollen wie bisher eine Wahlabteilung bilden, die entsprechend dem jetzigen § 21 Abs. 2, ihren oder ihre Delegierte wählen. Alle übrigen Verwaltungen in einem Bezirk, die weniger als 1000 Mitglieder haben, sollen jedoch eine Wahlabteilung bilden, in der noch so viel Delegierte zu wählen wären, als der vorhandenen Mitgliederzahl (auf 1000 einen) entspräche. Zentralwahlkomitee für diese Abteilung könnte dann die Bezirksleitung sein.

Ich glaube, daß dieser Vorschlag die Möglichkeit böte, bei der Wahl die verschiedenen Industriezweige oder Landesteile eines Bezirkes zu berücksichtigen. Gegenwärtig ist die Sache so, daß Wahlabteilungen gebildet werden müssen, die 1000 Mitglieder umfassen. Beim besten Willen geht es da oft nicht anders, als daß einfach ohne Rücksicht auf industrielle oder sonstige Berührungspunkte Verwaltungen einer Wahlabteilung zugeteilt werden, da sie eben die zur Abordnung noch nötige Zahl von Mitgliedern aufweisen. Jetzt ist es vollkommen ausgeschlossen, daß Industriezentren, die schwach organisiert sind, die nur kleine oder ein paar mittelgroße Verwaltungsstellen haben, einen Delegierten durchbringen können, da ihre Einreichung oft in mehrere Abteilungen erfolgen muß. Ein Beispiel möge das kurz illustrieren. In einem Bezirk, der 15 000 Mitglieder hat, sind 2 Verwaltungsstellen mit je über 1000, 3 Verwaltungsstellen mit 500 bis 900 Mitgliedern, alle anderen haben 200 und noch weniger Mitglieder. Angenommen, die ersten zwei Verwaltungsstellen haben zusammen 5000 Mitglieder und die Verwaltungsstellen mit 500 bis 900 liegen räumlich ganz eng beieinander, so ist sicher, daß von einem eng begrenzten Gebiet allein 8 Delegierte abgesandt werden, da die einzelnen kleineren Verwaltungsstellen den Ausschlag nicht geben können oder doch nur in den seltensten Fällen. Die Vertretung entspricht dann wohl der Zahl der im Bezirk vorhandenen Mitglieder, aber es ist nicht die Garantie geboten, daß einzelne besonders wichtige Interessen eines Bezirkes genügend vertreten werden, da das Spiel des Zufalls Verwaltungsstellen zusammenschließt, die ganz entgegengesetzte Interessen haben, die ein Delegierter wohl niemals vertreten kann.

Ich glaube, bei meinem Vorschlag könnte dies vermieden werden. Vorausgesetzt, daß eine „Mandatskasserei“ aus dem Spiele bleibt, könnten sich Verwaltungsstellen eines Industriegebietes wohl auf einen Kandidaten einigen. Sicher wäre damit dem Interesse des Verbandes gedient, wenn mehr als bisher die Interessen der verschiedenen Industriezweigen vertreten würden. Bei meinem Beispiel würden auf die kombinierte Wahlabteilung dann noch 11 Delegierte entfallen, diese über den ganzen Bezirk verteilt, würden sicher eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Vertretung sein. Ich dachte wohl auch an das Proportionalwahlssystem, aber dies scheint mir ebenfalls eine befriedigende Lösung zu bringen, wie der heutige Zustand ideal genannt werden kann. Es dürfte nicht allzu schwer sein, meinen Vorschlag, wenn er Anklang findet, auf der Generalversammlung zu einem Antrag zu verdichten.

Stuttgart.

R. Wothölzer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband — Metallarbeiter-Krankenkasse.

Infolge der Einführung der Gewerbslosenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband werden Tausende unserer Mitglieder in eine niedrigere Klasse zurücktreten, um so den erhöhten Beitrag für den Verband wieder auszugleichen.

So lautet ein Satz in der Begründung zu den Anträgen an die außerordentliche Generalversammlung, die der Vorstand der Metallarbeiter-Krankenkasse den Bevollmächtigten in einem Zirkular hat zugehen lassen. Dieser anscheinend ganz harmlose Satz hat mich in einem Zweifel neu bekräftigt, den ich schon längere Zeit mit mir herumtrage. Sicherlich wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen einzuwenden haben, wenn sich jemand von selbst dazu entschließt, erworbene Rechte aufzugeben oder doch stark einzuschränken, um dadurch 10 oder 20 Pf. Beitrag zu ersparen. Die Freiheit des Entschlusses muß aber dabei gewahrt sein. Ob diese aber bei Einführung der Gewerbslosenunterstützung in unserem Verband für die Kollegen, die Mitglied des Verbandes und zugleich Angehörige der Metallarbeiter-Krankenkasse sind, gewahrt bleiben wird, ist eine andere Frage. § 7 Abs. 9 des Statuts der Metallarbeiter-Krankenkasse lautet: „Die Mitglieder dürfen außer dieser Klasse nur noch einer Krankenkasse angehören. Mitglieder, welche außer dieser Klasse noch einer Krankenkasse angehören und auf Grund ihrer Beschäftigung gezwungen sind, noch der Zwangsversicherung beitreten zu müssen, dürfen während der Dauer dieser dreifachen Versicherung nur der 4. Klasse angehören.“ Hier liegt der Hase im Pfeffer. 30 bis 35 000 Kollegen sind Mitglieder des Verbandes und zugleich der Metallarbeiter-Krankenkasse. Der weitaus größte Teil ist in der ersten, höchsten Klasse versichert. Wird nun der Vorstand der Metallarbeiter-Krankenkasse warten, bis sich ein Mitglied selbst in die letzte (4.) Klasse meldet, oder wird nicht vielleicht eines schönen Tages eine kurze Zuschrift an das betreffende Mitglied gelangen, in dem es auf den § 7 Abs. 9 aufmerksam gemacht wird mit einem Hinweis auf die entstehenden Folgen bei Nichtbeachtung? Die letzten Jahre haben gezeigt, daß der Vorstand dieser Kasse in diesem Punkte keinen Spas versteht. So manches Mitglied hat im Erkrankungsfall seinen Ausschluß anstatt Krankengeld erhalten, da es sich gegen den Ausschuß § 7 Abs. 9 vergangen hatte. Wenn dieser Paragraph auf die Mitglieder des Verbandes nach Einführung der Gewerbslosenunterstützung angewendet werden sollte, so würden 30 000 Kollegen einen unberechenbaren Schaden erleiden; denn es werden sich unter diesen wohl eine erkleckliche Anzahl befinden, die wohl seit Jahren eine hübsche Summe von Beiträgen geleistet, nur wenig oder vielleicht gar nichts in Form von Krankengeld wieder zurückerhalten haben. Aufgabe des Verbandsvorstandes wird es sein, hier den Mitgliedern Klarheit zu verschaffen und zwar noch vor Pfingsten. Denn für die Pfingstwoche ist von dem Vorstand der Krankenkasse die außerordentliche Generalversammlung nach Hamburg einberufen worden. Sollte sich herausstellen, daß meine Befürchtung in puncto § 7 Abs. 9 berechtigt ist, so würde es noch möglich sein, auf die zu dieser Generalversammlung zu entsendenden Delegierten dahin einzuwirken, daß dieser Paragraph aufgehoben oder doch so geändert wird, daß in dieser Richtung nichts mehr für unsere Kollegen zu befürchten ist. Die Verwaltungsstelle für die Metallarbeiter-Krankenkasse hat an die Generalversammlung dieser Kasse den Antrag gestellt, daß in Zukunft jedes Mitglied sich in beliebiger Höhe versichern kann, sollte dies abgelehnt werden, mindestens 50 Prozent des verdienten Lohnes überbezahlt werden dürfen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen bezieht nur sehr wenig Aussicht, daß die Generalversammlung der Kasse diesem Antrag zustimmen wird. Um so mehr liegt es im Interesse der Kollegen, diesmal auf die bereits gewählten Delegierten dahin einzuwirken, daß sie unserem Antrag zustimmen. Es ist dies

meiner Ansicht nach der einzige Weg, der 30 000 Kollegen aus den Klauen des § 7 Abs. 9 befreien könnte. Ein anderer Weg wäre noch der, daß die Generalversammlung der Metallarbeiter-Krankenkasse erklärt, die Gewerbslosenunterstützung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist nicht als Krankengeld zu betrachten. Sollten wir also, daß uns der Verbandsvorstand bis Pfingsten Klarheit verschafft, sollte die Antwort zu unserem Ungunsten ausfallen, daß dann jeder in Betracht kommende Kollege energisch eingreift und die Generalversammlung der Krankenkasse einen uns zufriedenstellenden Beschluß faßt.

Hans Schiller, Fürth.

Gleichauf Nummer 2.

Den meisten unserer Leser werden noch die „Selbstentaten“ des Gleichauf, die er 1903 bei Mehlisch in Berlin beging, in Erinnerung sein. Die so fortschrittlich geklimmt sein wollenden rheinisch-westfälischen Gewerksvereine verurteilten damals die Haltung des Oberhiesigen Gleichauf (siehe Gewerksvereinsbote von 1903 Nr. 23 Seite 135, Nr. 26 Seite 152, Nr. 25 Seite 149, Nr. 29 Seite 173, und Nr. 32 Seite 190. Auch ist näheres noch zu lesen in Nr. 27 der Metallarbeiter-Zeitung, Jahrgang 1904 Seite 211). Wenn damals jemand der Ansicht war, daß die Leute für eine Reinigung ihrer Organisation von solchen Elementen sorgen würden, so sieht er sich gründlich getäuscht. Die gewerkschaftlichen „Reformisten“ haben sich unter das Joch derer von weißen Hirschen gebeugt. Gleichauf macht Schule, seine Berräterei trägt weitere Früchte! Beweis: Der neugeborene Bezirksleiter Lange in Dortmund. Nach der Methode Gleichauf versucht es Lange — der sich seiner Zeit sogar verpflichtet hatte, nur mit Genehmigung der Firma Küppersbusch & Söhne (bei der er arbeitete) agitatorisch tätig zu sein; oder bei Differenzen einzugreifen — die Bewegung der Kesselschmiede in Dortmund illusorisch zu machen. Er versucht nun seinen Arbeitererrat durch ein Flugblatt, das sich in der Hauptsache gegen den Kollegen Großklaus richtet, zu verdecken. Nach diesem Flugblatt existieren für Lange in Dortmund die besten Zustände. Es ist jedoch sehr leicht, die Hirsch-Dunderschen Brüder mit ihren eigenen früheren Stellungnahmen zu widerlegen. In Nr. 9 des Regulator vom 3. März 1905 wird von Dortmund geschrieben:

„Dortmund. Da die organisierte Arbeiterschaft Dortmunds es immer mehr einseht, daß die Arbeitsverhältnisse hier in Dortmund so tief traurig und deshalb verbesserungsbedürftig sind, so setzen wir uns veranlaßt, die Kollegen aufmerksam zu machen, Dortmund zu meiden. Augenblicklich, wo der große Bergarbeiterstreik beendet, haben wir eine große Zahl arbeitsloser Kollegen. Auch werden die Kollegen ihr gemühtes Eldorado hier nicht finden, denn Dortmund steht im Zeichen der langen Arbeitszeit und fargem Lohn. Und wenn, wie augenblicklich während des Bergarbeiterstreiks, die Arbeiter durch Kürzung des Lohnes den Schaden der Werke bezahlen sollen, so kann sich Jeder das Bild des Paradieses von Dortmund vorstellen.“

Durch diese Zeilen beweisen die Gewerksvereine selbst, daß in Dortmund die Arbeitsverhältnisse tief traurig und verbesserungsbedürftig sind. Doch sind diese Leute mit den Löhnen und Arbeitsverhältnissen sofort zufrieden, wenn unsere Kollegen im Kampfe stehen, dann können sie wenigstens arbeitslose Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins als „Arbeitswillige“ in den von uns in Streit erklärten Betrieben unterbringen. In dem zitierten Artikel des Regulator heißt es dann in bezug auf die Kesselschmiede:

„Ferner liegen die Verhältnisse für Kesselschmiede sehr schlecht. Kollegen! Wenn ihr uns unterstützen wollt, die traurige Lage der Metallarbeiter Dortmunds zu verbessern, so meidet Dortmund.“

Obwohl man also gab, daß die Verhältnisse für die Kesselschmiede schlecht seien, lassen die Gewerksvereine ihren ehemaligen Vorständen Klauke und seinen Sohn als „Arbeitswillige“ bei Willmann weiter arbeiten. Lange betonte sogar in einer öffentlichen Versammlung, daß sie sogar noch bei der Firma Schäfer fünf Arbeitswillige (Hilfsarbeiter) als Mitglieder aufgenommen hätten. Wegen dieser Mitglieder sind wir den Gewerksvereinen nicht gram, denn sie sind würdig, ihnen anzugehören. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Nun zu dem Flugblatt des Herrn Gleichauf Nummer 2 (Lange). Er schreibt: „Schon im Januar meldete die sozialdemokratische Arbeiterzeitung, daß die Metallarbeiter im Frühjahr in eine Lohnbewegung eintreten würden.“ Lange weiß doch ganz genau, daß es in Dortmund seit einem Jahre fortwährend brodelte; er weiß auch, daß die Unternehmern schon zu der Zeit, als die Hirsche mit uns gemeinsam den Kampf bei Suhrmann (einem „Gefinnungsfreund“ der Gewerksvereine) führten, an der Arbeit waren. Wahrscheinlich wollen die Dortmunder Gewerksvereine jetzt zeigen, daß sie, weil von ihnen bei Suhrmann mitgehört wurde, dies wieder „gut machen“ wollen. Lange hatte doch selbst unserem Kollegen Kronshage erklärt, daß sie sich erst mit uns solidarisch erklärt hatten. Auch war der schon angeführte Kesselschmied Klauke, zur damaligen Zeit noch Vorsitzender des Kreisvereins Görne, von unseren Kollegen aufgefordert worden, an einer Werkstattversammlung teilzunehmen, um die einzureichenden Forderungen mitzubedenken. Klauke erklärte aber, er müsse in den Gesangverein. Das Singen ging dem guten Manne über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wo, Herr Lange, saßen sie nicht von einem Nichtnutzen und Nichtmittelen (Mit dem Mittelen der Hirsche sieht es überhaupt faul aus.)

Dann läßt Lange im Flugblatt durchblicken, daß sich unsere Kollegen an seine Adresse hätten wenden sollen. Haben sich die Hirsche bei Bismhoff in Wetter, beim Phönix in Oberhausen, bei Betty Dreyer in Düren, bei Hochhaus in Gusskirchen und bei Sudell in Naden auch vorher an uns gewandt? Trotzdem wir immer den Streik voranden, haben wir sofort angeordnet, daß unsere Kollegen mitmachen.

Dann schwindelt man, die Genossen (gemeint sind die Kesselschmiede) hätten die Forderungen selbst nicht gekannt. Lange weiß aber ganz genau, daß sämtlichen Firmen der Löhre zugestellt wurde, wir wenigstens haben die Fabrikanen das gesagt.

Dann beruft man sich auf die Fabrik von Schwarz & Cie. in Brakel bei Dortmund, in der 14 Hirsche Streikbrecher spielen (7 Gewerksvereine lieben sehen, ein Arbeitswilliger wurde durch das Mitglied (Hirsch-Dunder) Wiederhold aus der Görnetbachstraße dorthin vermittelt; weiter wurden Schloffer, Mitglieder des Gewerksvereins, von der Union in Dortmund nach Schwarz abkommandiert).

In dem Artikel des Regulator vom 3. März steht aber folgendes über die Bude von Schwarz & Cie. zu lesen:

„Bei der Firma Schwarz & Cie. in Brakel sind die Verhältnisse schlecht. Es werden hier gefertigt Kaminführer, Pumpen u. s. w. Hier stehen die Zimmerleute im Streik. Die Lohnverhältnisse sind folgende: Wenn früher für ein Stück Arbeit in Akford 18 Mk. gezahlt wurden, gibt es heute nur noch 9 Mk. Der Durchschnittslohn beträgt 3 bis 3,50 Mk. Die Behandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Es wird mit allen Mitteln versucht von auswärts Arbeiter heranzuziehen; man verpricht den Leuten 4,50 Mk. Lohn, und wenn sie da sind, erhalten sie nur 3 Mk. oder 3,50 Mk.“

Trotzdem in ihrem Organ die Gewerksvereine von Dortmund dermaßen die Zustände in der Bude schildern, halten sie es für würdig, Streikbrecher nach dort zu liefern. (Die Berichte im Regulator über „Arbeitsverhältnisse“ haben augenscheinlich nur als Klippe für den Gewerksverein zu dienen. Man will sich damit bei den Mitgliedern den Anschein geben, als ob der Gewerksverein in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nun auch etwas ernstliches leisten wollte. Trotz der auffallend vielen Notizen in neuerer Zeit liest man aber sehr selten etwas von positiven Resultaten, die die Gewerksvereine errungen haben. Wenn von solchen Resultaten berichtet wird, haben sie in 99 Prozent der Fälle nicht die Gewerksvereine errungen. Man schmückt sich dort also mit freunden Redern.) Ja, Lange verurteilt sogar, nachdem unsere Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten, mit der Firma zu verhandeln. Von

Einem Kontorangestellten wurde uns mitgeteilt, daß Lange sich vor- stellte und erklärte, er sei gegen den Streit. Die Firma hat nicht mit ihm verhandelt und ihn abgewiesen. Trotzdem lieferte man Streifbretter!

Am 18. März war Lange in einer Stubenversammlung von Schwarz, an der von unserer Ortsverwaltung niemand teilnahm. Da rückte Lange etwas, er rügte die Firma wegen der Maß- regelung unseres Kollegen Lothar (die er in seinem Flug- blatt als „angebliche Maßregelung“ hinstellt). Dagegen mußte er Front gemacht werden; er bedauerte es, daß keiner vom Metallarbeiter- Verband anwesend sei und für die Kollegen eintrete u. s. w. Lange machte also erst dicke Backen, um nachher feige zu kneifen und die Wahrheit auf den Kopf zu stellen! Derselbe Lange, der, weil die Gewerkevereiner in Welede (Union) streiten, verlangt, daß die Christ- lichen in Hamm ihnen helfen sollen, läßt seine Mitglieder in Bippstadt bei derselben Firma weiter arbeiten, schimpft über die Christlichen, daß sie nicht mitmachen, und in Dortmund spielt er eine derartig traurige Rolle!

Nur so weiter, ihr Selben, dann geht's immer mehr bergab. Nicht um ungefähr kam es, daß in Essen vor einigen Wochen ein Ortsverein der Hirsch-Dunderschen aufgelöst wurde und 50 Mit- glieder zum Metallarbeiter-Verband übertraten.

Noch einen Fall wollen wir anführen. Auf der Herdfabrik des Rhönig in Oberhausen beschloßen 41 Mitglieder des Gewerkevereins wegen Maßregelung den Streit; einer unserer Kollegen machte sofort mit, obwohl wir nicht vorher in Kenntnis gesetzt worden waren. Von den 41 Mitgliedern des Gewerkevereins spielten aber sofort 20 Streifbretter! Können die Leute auch anders sein, wenn sie von ihren Führern als Streifbretter erzogen werden? Ein Sprich- wort heißt: Es blamiert sich jeder so gut er kann. Die Metall- arbeiter in Rheinland und Westfalen mögen sich aber vorstehendes merken. In einem der letzten Flugblätter wird von den Hirsch- Dunderschen gesagt, daß sie Anhänger von Tarifvereinbarungen seien. Durch die Leitung jener Organisation wird aber die Vereinbarung eines Tarifs hintertrieben, und dann faheln die Leute noch von Ver- tretung der Arbeiterinteressen. In Nr. 8 des Regulator steht unter Görne, daß die Firma Schäfer bewilligt habe. Von Festsetzung der Löhne, Regelung der Arbeitszeit, Regelung der Überstunden, der Montage-Zulagen — keine Rede. Was als bewilligt im Regulator steht, war schon da, etwas mit zu erringen, dafür war die Ge- werkevereinsleitung nicht zu haben.

Lange hatte dem Kollegen Kronshage gesagt, daß auch sie bei sämtlichen Firmen Forderungen stellen wollten; wenn diese nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt bewilligt würden, legten auch die Ge- werkevereiner die Arbeit nieder. Dies sollte vor dem 15. April sein. Bis heute hat man aber noch nichts von einer Arbeitsniederlegung erfahren.

Die von uns hier geschilderten Vorgänge mögen unsere Kollegen den Hirsch-Dunderschen („reformistischen“ und Berliner) bei jeder Gelegenheit vorhalten. R. Sp.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Bei- tragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. Mai der 21. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Mai 1905 fällig ist.

Von der Ortsverwaltung Erfurt ergeht durch ein Zirkular an die Verwaltungsstellen in Thüringen die Aufforderung, eine Kon- ferenz dieser Verwaltungen zu beschicken, auf der man sich mit der bereits stattgefundenen Anstellung des zweiten Bezirksleiters für den fünften Bezirk zu beschäftigen gedenkt.

Wir machen nun auf den § 19 Abs. 2 des Verbandsstatuts auf- merklich, wonach zur Einberufung von Konferenzen nur der Bezirks- leiter nach vorheriger Verständigung mit dem Hauptvor- stand berechtigt ist. Das eigenmächtige Abhalten solcher Konferenzen ist auch dann nicht zulässig, wenn die Kosten dafür aus der Lokalkasse bestritten werden. Da die Ab- haltung und Besichtigung dieser Konferenz ein Verstoß gegen das Statut ist, fordern wir die Verwaltungen Thüringens auf, sie nicht zu beschicken.

Wenn die Verwaltungsstelle Erfurt glaubt, irgend welche Be- schwerden anbringen zu müssen, so mag sie den durch das Statut gegebenen Instanzenweg beschreiten.

Den Verwaltungsstellen, die die bestellten Verbandsstatuten nicht erhalten haben, sowie denen, die Bestimmungen darauf zu machen gedenken, zur Kenntnis, daß der Vorrat an Statuten erschöpft ist und vor der Generalversammlung kein Druck mehr erfolgt, da durch die Generalversammlung Statutenänderungen erfolgen werden und dadurch ein Neubruck sich nötig macht. Die Statuten können vorläufig um so leichter entbehrlich werden, als in den zurzeit zur Ausgabe gelangenden Mitgliedsbüchern ein Auszug aus den wichtigsten Bestimmungen des Statuts in Form von Verhaltungs- maßregeln enthalten ist.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 3, Abs. 3a, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau: Der Klempner Bruno Schloß, geb. am 15. August ? zu Breslau, Buch-Nr. 587488, wegen Betrag.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. O.: der Formner Willy Röhler, geb. am 18. April 1883 zu Fürsten- walde, Buch-Nr. 532766, wegen Streifbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. O.: Der Mechaniker Albert Dohb, geb. am 2. Dezember 1882 zu Gütenbach, Buch-Nr. 404076, wegen Streifbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kiel: Der Stenmer Johannes Bischoff, geb. am 6. Oktober 1882 zu Kiel, Buch-Nr. 690285, wegen Streifbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart-Königsplatz: Der Schlosser Carl Leppner, geb. 10. Oktober 1879 zu Unter- linsheim, Buch-Nr. 47177, wegen Unterschlagung.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mainz: Der Schleifer Eugen Eichler, geb. am 4. Juli 1881 in Sim- bach, Buch-Nr. 636800, wegen Lohnrückzahlung.

Nicht aufgenommen wird:
Auf Antrag der Einzelmitglieder in Würz: Der Klempner Oskar Schied.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gumburg: Der Formner Max Berner.

Die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Reizegeleitsgehler werden ersucht, den Dreher Willy Bröckers, der auf ein in Gumburg an den Namen Friedrich Kühne, Zerstörer, aus- gegebenes Mitgliedsbuch reit und zu Unrecht Unterbringungen erhebt, im Betrugsfall anzuhalten und denselben der Ortspolizeibehörde zu übergeben.

Diese Verurteilung erfolgt auf Veranlassung des Unter- suchungsrichters I des Königlich-Preussischen Landgerichtes in Düsseldorf.

Berichtigung.

In der Quittung in Nr. 19 ist zu ändern, daß nicht von Reichenhall, sondern von Reichenbach i. B. 800 M. eingekandt wurden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16 b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Wanschlossern nach Freiburg i. Br. L.; nach Basel, Zürich, Neubausen (Schweiz);
 - von Weizern, Drechern, Schleifern, Glühlern und Metallformern nach Berlin; nach Bernigerode a. Harz (Hilders) St.; nach Brenner und Aufträgern nach W. Gladbach (Stanz- und Emaillewerk Robert Jansen) M.;
 - von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Chemnitz (Krauthelm) L.; nach Darmstadt (Mühlensbau- und Maschinenfabrik vormals Kutter) D.; nach Frankfurt a. O. (Gaul & Hoffmann) St.; nach Koblenz (Metznerischer Eisen- werk) M.; nach Liegnitz (Leicht & Sohn) D., (Gubisch) M.; nach Mühlheim a. Rh. (Scheffel & Schiel) Mi.; nach Ohligs, Wald und Solingen St.; nach Rodentrichen b. Köln (Langenfurt) St.; nach Velbert L.; nach Zwickau (Hoff- mann & Zinkeisen) M.;
 - von Formern, Schmiedern, Schlossern und Drechern nach Elmshorn (J. Westler) St.;
 - von Stiefelschmiedern nach Darmstadt (M. Rodberg) M.; nach Dortmund St.; nach Magdeburg (Garrett Smith & Co.) St.;
 - von Maschinenbauern nach Darmstadt (M. Rodberg) M.;
 - von Mechanikern, Klempnern, Schlossern, Schmiedern und Sieb- machern nach St. Gallen (Schweiz) St.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach A. Schaffenburg (Herb- fabrik Klotzsch) D.; nach Belgrad (Serbische Dampfschiff- fahrts-Gesellschaft) D.; nach Brackel b. Dortmund (L. Schwarz & Co.) St.; nach Bregenz-Rieden (Jenny & Schindler) M.; nach Budapest (Wegmannfabrik Riem) St.; nach Elbing (Jullig & Senke) D.; nach Ludenwalde L.; nach Meissen (Grabwerke, Abteilung Maschinenbau) St.; nach München L.; nach Solingen-Wald (Hermes & Zeyer) D.;
 - von Metallbildhauern-Fabrikklempnern nach Liegnitz (Schüler) M.;
 - von Metallschlägern nach Lechhausen b. Augsburg St.;
 - von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
 - von Schleifern und Formern nach Oberhausen i. Rhld. (Herb- fabrik Rhönig) M.;
 - von Schlossern und Drechern nach Wetter a. Ruhr (L. Bönn- hof) St.;
 - von Schmiedern nach Köln (Wagenfabrik Scheele) St.;
 - von Schmiedern und Wagnern nach Lausanne (Schweiz) St.;
 - von Silberarbeitern nach Liegnitz (Sandig & Co.) M.;
 - von Spenglern und Installateuren nach Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim L.;
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche über- haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- bewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akord-Reduktion; Z.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formner.

Chemnitz. In den hiesigen Eisengießereien macht sich jetzt das Bestreben bemerkbar, für die Kernmacher, die fast ausschließlich in Zeilohn arbeiten, die Akordarbeit einzuführen. So hat man in der Gießerei von B. Gieser zwei Kernmachern die gesamten Kerne in Akord zu fertigen gegeben. Diese bezahlen ihren Gehilfen Zeit- lohn. Um nun für die zwei Schweißmeister einen annehmbaren Überschub herauszuarbeiten, wird tüchtig gewühlt und mehr auf die Quantität als auf die Qualität der Kerne gesehen. Dazu kommt noch, daß nicht die genügende Zahl Handarbeiter eingestellt wird, weshalb die Kernmacher zeitweise die Masse selbst mischen müssen. Für die darauf verwendete Zeit wird nichts bezahlt, was zur Folge hat, daß die Masse schlecht gemischt wird. Da die Masse nicht gut und auch das Kernöl schlecht ist, decken die Kerne ab und der Formner macht Ausschuß. Der Fabrikant hält sich nun dadurch schadlos, daß die Kernmacher den Ausschuß bezahlen müssen, wenn infolge mangel- hafter Kerne Ausschuß wird. Bei Gieser haben auch die zwei Schweißmeister unterzürden, daß sie den Ausschub bezahlen, wenn die Schuld an den Kernen liegt. Trifft die Schuld aber den Formner, dann verlangen die Kernmacher die Kerne von dem Formner bezahlt. Durch dieses System hält sich der Fabrikant nicht nur schadlos, sondern er bringt auch Uneinigkeit unter die Arbeiter und spielt damit den Sachgelehrten. In der Krauthelmschen Gießerei versucht man in letzter Zeit auch, die Kernmacher in Akord arbeiten zu lassen. Diese stellen nun folgende Forderung: 1. Möglichste Befreiung der Akordarbeit und Festsetzung eines Mindestlohnes für Kernmacher; a) für Kernmacher, die drei Jahre im Beruf tätig sind, im Alter bis zu 23 Jahren 35 Pfennig pro Stunde; b) im Alter von 23 bis 25 Jahren 38 Pfennig; c) im Alter von über 25 Jahren 40 Pf. Mindestlohn pro Stunde. 2. Beim Arbeiten in Akord gefertigt werden, ist der Preis vor Übernahme der Arbeit festzusetzen und dem Kernmacher mitzuteilen. Bei allen Akordarbeiten ist dem Kern- macher der Lohn zu garantieren und auszusprechen, wie derselbe unter 1a bis c festgelegt ist. Desgleichen fordern die Kernmacher auch eine Lohnverhöhung für ihre Kollegen, die jetzt in dem Betrieb tätig sind und weniger als drei Jahre in der Kernmacherei arbeiten. Obwohl diese Forderung eine sehr minimale ist, kann es kommen, daß die Kernmacher streiken müssen. Sollte dieses eintreten, dann werden zuerst 75 Formner und eine Anzahl Puzer und Gießerei- arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Schlosser und Dreher können in Frage, wenn auch die Formner nicht arbeiten, so daß dann 345 Arbeiter dieser Fabrik in Betracht kämen. Da die hiesigen Metallindustriellen gut organisiert sind, ist es nicht aus- geschlossen, daß sie sich gegenständig ausbehalten suchen, wodurch dann diese Bewegung auf weitere Betriebe übergründen würde. Es wird daher ersucht, schon jetzt den Zuzug von Formnern und Gießerei- arbeitsern von Chemnitz fernzuhalten.

Velbert. Die hiesigen Zemperegießereibesitzer und Schloß- fabrikanten haben eine Massenaußsperrung vorgenommen, weil die Formner einen Tarifvertrag einzuweisen, der eine Regulierung der Akordlöhne bezweckt. Es sollten einheitlichere Bestimmungen darüber getroffen werden. Im Durchschnitt kann nach dem ein- gereichten Tarif nicht von der Forderung einer Lohnverhöhung ge- sprochen werden, denn den erhöhten Sätzen für zu schlecht bezahlte Arbeiter stehen auch einige erniedrigte Sätze gegenüber. Es wurde für Formner ein Minimalverdienst von 6 M. gefordert, für Maschinen- formner Festsetzung des Taglohns nach freier Vereinbarung unter Zu- schuß des Arbeitersanwesens, für Gespänner 4 M., für Hilfsarbeiter 3,75 M., Arbeiterinnen über 16 Jahre dürfen nicht unter 2 M. pro Tag beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit soll 9 1/2 Stun- den betragen und in der Woche nicht 56 Stunden übersteigen. Über- stunden sollen mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Die Be- leuchtung der Fabrikräume soll auf Kosten des Unternehmers erfolgen, eventuell ist dafür eine Entschädigung von 20 Pf. pro Woche zu zahlen. Für das Einlegen von 100 Kernen sollen 15 Pf. bezahlt werden. Wenn der Formner selbst schmelzen muß, soll er für jeden Satz 20 Pf. bekommen. Das Kernenmachen mußte bisher der Formner

ohne Entschädigung verrichten, dafür soll er nach dem neuen Tarif bei Schlüsselformen unter 120 Pf. 2,50 M., bei Kieglformern unter 80 Pf. 3 M. Entschädigung erhalten. (Jeder einzelne Formner hatte bisher einen vollen Tag in jeder Woche zum Kernen- machen verwenden müssen, wofür er keine Bezahlung erhielt.) Aus- schuß, bei dem dem Formner kein Verschulden trifft, soll bezahlt werden. Weiter wurde die Regelung des Lehrlingswesens, die Bildung von Arbeiterausschüssen für die einzelnen Betriebe und eine Schlichtungskommission gefordert. Am 2. Mai erhielten sämtliche Formner durch die „Zemperegießerei-Vereinigung des Velberter Be- zirks“ in allen Betrieben ihre Kündigung durch folgenden im Druck hergestellten Ulaß: „Auf den uns zugegangenen Tarif respektive Forderungen seitens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes er- widern wir, daß wir uns weder in Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband einlassen noch sonst Stellung zu dem Tarif respektive den Forderungen nehmen können. Wir haben das Ver- trauen zu unseren Arbeitern, daß sie selbst einsehen müssen, daß das Vorgehen des Metallarbeiter-Verbandes mit Rücksicht auf die doch unstreitbar günstigen Lohnverhältnisse in dem hiesigen Industrie- bezirk, besonders bei den Formnern, in keiner Weise gerechtfertigt ist, und sind ferner überzeugt, daß bei ruhiger Überlegung sich jeder selbst sagen muß, daß unter solchen Verhältnissen ein erpresserisches Gebahren unserer hiesigen Industrie ausgeschlossen ist. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, daß auch einsehend eine Mehrzahl der Formner ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes wohl nicht auf Grund reißerischer Überlegung ge- geben hat, und stellen es also denjenigen unserer Formner, welche unter den bisherigen Bedingungen weiter arbeiten wollen, anheim, dies zu tun. Dagegen sind wir leider genötigt, allen denjenigen Formnern zu kündigen, die unter den jetzigen Verhältnissen nicht weiter arbeiten wollen. Es wird also hiermit sämtlichen Formnern ge- kündigt, doch haben diejenigen, die weiter arbeiten, dies bis Mitt- woch, den 3. Mai 1905, morgens 9 Uhr, auf dem Kontor bekann- t zu geben. Sollte uns wider Erwarten der schon lange seitens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geplante Kampf aufgezogen werden, so sind wir einmütig entschlossen, denselben aufzunehmen und durchzuführen, wenn wir auch die mit einem eventuellen Streit verbundenen ersten Folgen aufs lebhafteste beklagen würden.“ — Von der Kündigung wurden 290 Formner betroffen, darunter 10 Mit- glieder des christlichen, 1 Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewer- kevereins und 40 Unorganisierte. Die Herren glaubten ihres Sieges nun sicher zu sein, sie hofften, daß die Formner am 3. Mai sich in Scharen zum Judasdienste drängen würden. Da hatten sich die Gewaltigen aber getäuscht, nur wenige solcher Elemente zeigten sich. Das entlammte die Rache aufs neue und deshalb wurde in einem weiteren Ulaß verkündet: Wenn bis zum 10. Mai der „Formnerstreik“ nicht beendet sei, würden alle Mitglieder des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes ausgespart. Das wurde auch wirklich in die Tat umgesetzt, zirka 1000 Personen liegen auf der Straße — aus purem Übermut der Unternehmer. Der Kampf wird voraussichtlich ein heißer werden. Zuzug ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Gold- und Silberarbeiter.

Gmund (Schwäbisch). In der hiesigen Gold- und Silberwaren- industrie wurden in den letzten Jahrzehnten verschiedene Geschäfte neu gegründet. Darunter gibt es allerdings leider auch solche, die auf Kosten niederer Arbeitslöhne u. s. w. den übrigen Fabrikanten Konkurrenz machen wollen. Unter diesen befindet sich eine Firma, deren Handlungsweise besonders hervorgehoben zu werden verdient. Es ist dies die Firma G. Zieher, die sich seit einigen Jahren, nach- dem sie, wie es scheint, mit der Fabrikation silberner Ketten wenig Erfolg hatte, auf die Herstellung von Stachgriffen und kleineren Silber- waren verlegt hat. Herr Zieher hat einen besonderen Gefallen daran, Arbeiter, die sich in guten Stellungen befinden, durch schöne und lebenswürdige Versprechungen zu bewegen, in seine Dienste zu treten. So angelte er unlängst einen Metallarbeiter. Aber, o wehe! Als der Arbeiter anfangen wollte, fand er, obwohl bei seiner Einstellung verlangt wurde, am Ovalewerk arbeiten zu können, daß in der ganzen Werkstätte kein solches vorhanden war. Das schlimmste aber war, daß nicht einmal genügend Arbeit für einen Drucker vorhanden zu sein schien, so daß er gezwungen war, Hilfsarbeiten zu verrichten. Eines schönen Tages wurden nun dem Metallarbeiter pro Stunde 10 Pf. abgezogen, was sich dieser selbstverständlich nicht gefallen ließ und lieber die Kündigung vorzog. Auch durch Inzestrate wurden tüchtige Hammerarbeiter gesucht, die auch gezwungen waren, sich mit Arbeiten abzugeben, die sie nicht gelernt haben. Das hatte zur Folge, daß sie nicht mehr den Lohn verdienen konnten, der ihnen versprochen wurde. Ein Hammerarbeiter verdiente in einer Woche bei zirka 30 Arbeitsstunden ganze 2,80 M. Der erst kurze Zeit dort beschäftigte Hausknecht, der früher noch nie in einer Fabrik beschäftigt war, wurde mit 12 M. Stund. die Woche, als solcher eingestellt. Als er zur Frühjahrsumrüstung mußte, wurde ihm am Jahrlag darauf die so veräuferte Zeit und einige Artikel, die ihm infolge Unkenntnis der Verhandlung kaputt gingen, abgezogen, so daß er nur noch 1,90 M. in dieser Woche herausbekam. Anderen Arbeitern sind kurze Zeit nach ihrer Einstellung wieder einige Pfennige abgezogen wor- den. Soviel Schreiber dieses in Erfahrung brachte, sollen gegen- wärtig wieder eine Partie Ketten bestellt sein. Da Zieher keinen Kettenmacher mehr beschäftigt, taucht unwillkürlich die Frage auf: soll ein solcher auf die beliebte Art wieder engagiert werden, um nach erfolgter Fertigstellung dieser Aufträge mit schlichtem Abschied entlassen zu werden? Herr Zieher beabsichtigt, diesen Sommer noch sein Geschäft nach dem 1 1/2 Stunden von hier entfernten Ort Leinzell zu verlegen, wahrscheinlich, weil er dort noch billigere Arbeitskräfte zu erhalten hofft. Diese Fälle lehren wieder, wie notwendig eine starke und kräftige Organisation ist. Nur durch diese wird es möglich, die krassen Mißstände zu beseitigen. Des- halb rufen wir den hiesigen Arbeitern der Gold- und Silber- warenindustrie zu: Hinein in den Deutschen Metallarbeiter- Verband!

Klempner.

Dortmund. Die Klempner von Dortmund und Umgegend leiden unter den drückendsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Sie beschloßen deshalb, den Meistern einen Lohnarif zu unterbreiten, in dem fol- gende Forderungen aufgestellt sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, von mor- gens 6 1/2 bis abends 6 Uhr. Vom 1. Mai 1905 an 9 stündige Ar- beitszeit und Lohnzuschlag von 10 Prozent. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll um 4 Uhr Feierabend sein. Der Mindeststundenlohn soll betragen: für Ausgelernte bis ein Jahr auch beendeter Lehrzeit 38 Pf., danach bis zum 21. Lebens- jahre 45 Pf., vom 21. Jahre an 50 Pf. Für die Gehilfen, die diesen Lohn schon haben, soll ein Zuschlag von 10 Prozent gewährt, die Überstunden bis 8 Uhr abends sollen 25 Prozent, die Nach- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag vergütet werden. Bei auswärtigen Arbeiten soll pro Tag 1,20 M., wenn Übernahmen nötig, 2,50 M. Zuschlag gewährt werden. Dazu freie Fahrt; bei weiteren Montagen eine wöchentliche Freizeitarbeit. Akordarbeiten sind nach Möglichkeit zu vermeiden, auf alle Fälle ist der Stundenlohn zu garantieren. Für Klotztreiben wird 50 Pf. pro Stück gefordert, für Klotzleitungen und dergleichen schmutzige Arbeit 1 M. pro Stück oder pro Tag Extravergütung. Wöchentliche Lohnzahlung am Freitag, die vor Feierabend beendet sein soll. Rettungslenen, Gürtel und Verbandsstoffen müssen stets gebrauchsfertig sein und ist für ihre Instandhaltung zu sorgen. — Dieser Tarif, der am 1. Mai 1905 in Kraft treten sollte, ist den Meistern am 22. April zugefandt worden. Es wurde ihnen eine Frist von 14 Tagen gewährt, die am 6. Mai abgelaufen war. (Die Einreichung des Tarifs hatte sich um eine Woche verzögert.) Eine Antwort haben wir aber nicht er- halten und deshalb haben alle Kollegen am 6. Mai ihre Kündigung eingereicht. Wir werden ja sehen, ob sich die Klempnermeister in dieser Kündigungszeit zu etwas bequemen werden.

Kemischeld. Zuzug von Klempnern und Installateuren ist wegen bevorstehenden Streiks fernzuhalten.

Neunter Bezirk. Am Sonntag, 7. Mai, sind die Kollegen von Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim in eine Logenbewegung zur Erringung eines Tarifs

Vertrags eingetreten. In diesen Städten wurde ein gleichlautender Vertragentwurf eingereicht, um den Meistern von vornherein die Klugheit zu nehmen, daß die Konkurrenz der Nachbarstadt es nicht ermöglichen würde, die Arbeitszeit zu verkürzen oder Mindestlöhne einzuführen. Die Hauptforderungen sind: neunstündige Arbeitszeit, Mindestlöhne von 36, 42 und 50 Pf., einheitliche Zulagen bei auswärtigen Arbeiten, Zuschlag von 25 Prozent für Überstunden und 50 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit. Wir ersuchen nun die Kollegen, den Zugang von den genannten Orten streng fernzuhalten, um die Bewegung zu einem guten Ende führen zu können.

Metallarbeiter.

Breslau. In der Maschinenbauanstalt Breslau drohen Differenzen auszubrechen. Die Arbeiterschaft hat der Direktion bereits am 15. April durch eine Kommission eine Reihe Forderungen unterbreiten lassen, deren hauptsächlichste hier wiedergegeben seien: 1. Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend um mindestens zwei Stunden unter voller Bezahlung des Tages mit zehn Stunden. 2. Der Lohn für Hilfsarbeiter soll nicht unter 30 Pf., für alle anderen Arbeiter nicht unter 35 Pf. pro Stunde betragen. Alle Arbeiter, welche diese Löhne bereits erhalten, bekommen 3 Pf. Zulage pro Stunde. 3. Erhöhung der schlechten Affordpreise. 4. Garantie des Stundenlohnes bei Affordarbeiten. 5. Gleichmäßige und gerechte Verteilung der Affordüberschüsse. 6. Herausgabe der Affordzettel bei Beginn der Arbeit. 7. Möglichste Beschleunigung der Überstunden- und der Nachtarbeit. 8. Bezahlung der Überstunden mit 25 Prozent, der Nachtarbeit mit 50 Prozent Zuschlag. 9. Verbesserung der in einzelnen Abteilungen ungenügenden Ventilationen. 10. Beschaffung von Kleidermaschinen. 11. Beseitigung sonstiger Mängel. 12. Anerkennung eines von den Arbeitern gewählten Arbeiterausschusses. — Diesen Forderungen ist eine eingehende Begründung beigegeben. Bisher stattgefundene Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt. Die Direktion sträubt sich, die elenden Lohnverhältnisse aufzubessern. Sie erklärt das für unmöglich und begründet es unter anderem damit, daß der ortsübliche Tagelohn für Breslau 2,40 Mk. beträgt. Als wenn das ausschlaggebend wäre. Zurzeit werden Löhne von 19, 20, 21, 22, 23, 24 Pf. bezahlt. Der Durchschnittslohn beträgt 27,5 Pf. Wir ersuchen alle Schlosser, Schmiede, Dreher, Maschinenarbeiter u. s. w. Breslau zu meiden, da es wahrscheinlich in allernächster Zeit zum Streik kommt.

Dortmund. Der Verrat des hiesigen Gewerkevereins an den streikenden Kesselschmieden. Bei den Firmen Willmann, Rabau, Schäfer und Schwarz stehen die Kesselschmiede fest schon seit circa acht Wochen im Streik und die Vereinigung dieses Kampfes ist noch nicht abzusehen. Diese Herren Unternehmer sind von einem kolossalen Machtökkel erfüllt und verlangen deshalb die unbedingte Unterwerfung der Arbeiter. Aber bei der vorzüglichen Haltung der Streikenden werden sie sich jedenfalls auch noch überzeugen lassen müssen, daß man mit einer gut organisierten Arbeiterschaft nicht machen kann was man will. Diese Herren Kesselschmiedfabrikanten sind aber noch durch das schmachvolle Verhalten des hiesigen Gewerkevereins in ihrem profanen Verhalten bestärkt worden. Diese noblen Hirsch-Dunderschen haben es nicht für nötig gehalten, sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären. Aber mit dem Weiterarbeiten allein war man nicht zufrieden, sondern man versuchte so viel als möglich noch mehr Arbeitsmühsale in die Huden zu bekommen. Wenn diese dem Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein auch noch nicht angehört, man nimmt sie doch als Mitglieder auf, ja, diese Helben der Hirsche sind für die Streikbrecher derartig in Sorge, daß sie sie bei sich selbst in Logis nehmen. Wie gemein diese Gesellschaft ihr Wesen treibt, beweist folgendes: Die Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die bei der Firma Schwarz in Braakel Streikposten zu stehen haben, werden von den Hirschen in einer ganz rüpelhaften Weise verhöhnt. Wenn die Arbeiter morgens oder mittags in die Fabrik gehen, stellen sich die Hirsche auf die Seite, lassen die übrigen Arbeiter passieren und zählen dann in Gegenwart unserer Kollegen die Streikbrecher, und zwar in der Weise: „Eins, zwei, drei, vier u. s. w., schon wieder einer mehr“ u. s. w. Weiter erklären sie dann: Die Hude von Schwarz, das wird eine Hude für uns. Also, gemeinsamer Verrat! Die Kesselschmiedfabrikanten werden an dieser Gesellschaft ihre hellste Freude haben. Es ist den Herren Kapitalisten also auch hier in Dortmund ein treuer Bundesgenosse im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein erstanden. Obwohl sich die organisierten Kollegen über Mangel an Schülern und Terrorismus durch die Unternehmer und andere Personen nicht zu beklagen haben, hielt es diese Gesellschaft doch noch für angebracht, sich auf die Seite der Unternehmer zu stellen. Wir sehen hier wieder, aus was für Leuten dieser Hirsch-Dundersche Gewerkeverein zusammengesetzt ist. Die größte Unverschämtheit besteht aber nun noch darin, daß man sich des Verrats, den man begangen hat, bewußt ist. Trotzdem möchte man die Schuld gern los sein und sie auf uns abwälzen. Als Opfer war unser Kollege Großklaus auszuweisen worden, man gab ein Flugblatt heraus, in welchem dieser Kollege auf das gemeinste beschimpft wurde. Die Antwort sind wir natürlich nicht schuldig geblieben, und wir werden diesen Verrat des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins, begangen an den streikenden Kesselschmieden, bei jeder passenden Gelegenheit vor Augen führen. Schmach und Schande über solche Verräterei!

Düren. Auf den hiesigen Metallwerken befinden sich die Drahtzieher im Streik. Da dieser größere Dimensionen annehmen kann, wird vor Zugang von Metallarbeitern aller Branchen gewarnt.

Sülzetal. Ab und zu fühlen unsere „Freunde“ in Christo hier am Orte das Bedürfnis, uns in ihrem Verbandsgremium anzurempeln. In der Nr. 7 des christlichen Metallarbeiter befindet sich ein Artikel mit der hübschen Überschrift: „Ein Denunziantenstückchen“. Unter Ausschaltung einiger Neben- und Gemeinheiten bleiben zwei Punkte übrig, die uns wichtig genug erscheinen, ihnen auf den Grund zu geben. Es heißt zunächst: „Bei der Firma De Fries wurden die christlichen Kollegen in letzter Zeit von den Genossen mit Raffinesse verleumdet, um sie so außer Arbeit zu bringen. Am 4. März, als der Formmeister in Abwesenheit des Schmelzers das Abblechen am Kupolofen besorgte, ging diesem der Stopfen fehl und spritzte das Eisen zum Verbrennen nieder. Diese Gelegenheit benutzte ein Mitglied der freien Gewerkschaften, der Former P., um zu dem Sohne des Meisters zu gehen und zu diesem zu sagen: Siehe, was haben die zwei Philister (christliche Kollegen) da für Freude dran.“ Es wird dann weiter erzählt, daß der Sohn des Meisters diese Äußerung seinem Vater überbrachte und dieser die beiden Christen zur Rede gestellt habe. Nur der humanen Zuverlässigkeit des Meisters sei es zu verdanken, wenn der Verleumdungsstreich der Genossen nicht gelungen sei. Sodann wurde die Tatsache, daß unlängst zwei Mitglieder des christlichen Verbandes zu uns übergetreten sind, damit motiviert, daß sie aus Menschenjucht übergetreten seien. Wir hielten eine Werkstattbesprechung ab und stellten in Gegenwart der Herren Broich und Wendenbach folgendes fest. Der Former P. hat eine ähnliche Äußerung getan und stellt sie allerdings etwas anders hin. Das tut aber nichts zur Sache. Jedenfalls bestreitet er nicht, die Äußerung in denunziatorischer Absicht getan zu haben (der Sohn des Meisters ist auch Arbeiter). Allerdings war die Äußerung angebracht, weil P. annehmen mußte, daß der Sohn dem Vater Mitteilung davon machen würde. Aber man vergewaltigt sich, daß P. am 22. Februar in den Verband eingetreten, also am 4. März ganze zehn Tage Mitglied war. Auch die Christlichen wagten in der Besprechung nicht zu behaupten, daß P. in denunziatorischer und verleumderischer Absicht gehandelt habe. Sonstige Beweise dafür, daß von unseren Mitgliedern versucht würde, die Christlichen außer Arbeit zu bringen, wurden nicht erbracht, auch kein Verzicht in dieser Hinsicht gemacht. Die zweite Sache erledigte sich schnell. Die beiden vom christlichen Verband zu uns übergetretenen Mitglieder erklärten, zu uns übergetreten zu sein, weil es ihnen bei den Christlichen nicht gefallen habe. Das Wort verlangte hierzu von den Christlichen niemand! Da sind also wieder zwei „Häute“ auf ihren wehren Wert zurückgeführt. Beim ersten wird die ungehörige Äußerung eines Kollegen, der acht Tage dem Verband angehört, in maßloser Weise übertrieben und verallgemeinert, und beim zweiten konstruiert man sich einen Streik von Terrorismus, indem man ihn vollständig aus

der Luft greift. „Christliche“ und Freie haben sich bei De Fries in der Gießerei in letzter Zeit so ziemlich die Waage gehalten. Terrorismus ist da überhaupt nicht denkbar. Ein christlicher Kollege, Köhber, bemerkte in der Besprechung, daß er den Artikel des christlichen Metallarbeiter nicht billige. Kollege Jäger sprach am Schluß die Erwartung aus, daß man eine Nichtregistrierung in christlichen Verbandsorganen veranlassen werde. Das ist natürlich nicht geschehen. Wir haben uns noch jedesmal gefürchtet, wenn wir bei diesen Leuten so etwas von Unstund oder Wahrheitsliebe vermuteten. Zu der Zeit, als der Artikel im christlichen Metallarbeiter erschien, schwabten in der Gießerei Differenzen, die eine Einigung sehr notwendig machten. Aber man braucht halt Material! gegen uns, und wenn man feins hat, dann lügt man „christlich“ das Blaue vom Himmel herunter. Man stellt sich dann hin, wirft sich in die Brust und erklärt: „Wir sind die einzig wahren Vertreter von Recht, Moral, Wahrheit und Gerechtigkeit. Herr Gott, wir danken dir, daß mir nicht sind wie die übrigen Menschen.“

Hannover-Linden. Der Streik in der Hannoverischen Waggonfabrik ist am Sonntag den 7. Mai beendet worden, nachdem er 15 Wochen gedauert hat. Noch nie hat ein Kampf in der Metallindustrie hier in Hannover so scharfe Formen angenommen, wie in diesem Falle. Die Schuld daran trägt die Fabrikleitung, die durch das Heranlocken Arbeitswilliger vom Ausland die Gemüter der Streikenden aufs heftigste erregte. Die Säunen, die die Firma, oder besser gesagt der Verband der Metallindustriellen, für das Anwerben der Arbeitswilligen ausgegeben hat, hätten auf Jahre hinaus genügt, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Am 5. Mai kam nochmals ein Transport von 17 Mann an, es waren ursprünglich 80 Mann gewesen, denen man vorgeführt hatte, sie kämen in eine neuerbaute Fabrik in Oberg. Dort angekommen, wurde ihnen mitgeteilt, daß die Meise noch weiter gehen sollte. Darauf wollte sich das Gros der Arbeiter nicht einlassen und verlangte, zurückgeschickt zu werden, was durch das Eingreifen der dortigen Behörde auch geschehen ist, natürlich auf Kosten der Waggonfabrik. Die Streikenden haben sich musterhaft in diesem Kampfe bewährt, 14 Wochen haben sie Stand gehalten, ohne daß einer abgegangen ist. Die Arbeit ist unter den durch die Vermittlung des Landrats vereinbarten Bedingungen aufgenommen worden, wonach die Arbeiter bis auf einzelne wieder eingestellt werden. Es sollen in Zukunft verheiratete Schlosser nicht unter 35 Pf. Stundenlohn eingestellt werden, die Überstunden sollen ganz wegfallen. Dann hat sich die Fabrikleitung bereit erklärt, mit einem von den Arbeitern gewählten Ausschuss zu verhandeln.

Herzfeld. In letzter Zeit mußten die Arbeiter der Firma Schilde sich mehrfach mit den in dem Betrieb dieses Herrn herrschenden Mißständen befassen. Insbesondere ist es die Behandlung durch den Meister Schade die den schärfsten Protest herausforderte. Jüngere Arbeiter müssen sich oftmals Titulationen gefallen lassen, die man auf Knien höflich hören kann, die aber Arbeitern gegenüber ganz anders gar ungebührlich sind. Dabei gehören Löhne von 7 bis 9 Mk. die Woche nicht zu den Seltenheiten. Herr Schilde weiß, daß man mit solchen Löhnen nicht ankommen kann; durch recht viele Überstunden versucht er das Einkommen der Arbeiter zu erhöhen. Oftmals haben die Arbeiter aber für diese Überstunden sehr minimale Bezahlung erhalten. Sie waren gezwungen, Überstunden zu machen, um bei den Afforden auf ihren Lohn zu kommen. Unter solchen Umständen weigerten sich eine Anzahl Arbeiter, für die nächste Zeit die Überstunden in einer solchen angebotenen Weise — bis 10 Uhr — zu machen. Die Folge war, daß diesen Arbeitern ohne weiteres gekündigt wurde. Bei den Verhandlungen, die resultatlos verliefen, glaubte Herr Schilde noch tüchtig auf seine Arbeiter schimpfen zu müssen, nannte sie Feiglinge, unverschämte u. s. w., die noch ganz anders behandelt werden müßten und noch viel zu viel verdienten! Nicht genug damit. Vier verheiratete Arbeiter, die schon längere Jahre bei Schilde arbeiten, auch die Überstunden nicht verweigert hatten, aber vorstellig geworden waren zwecks Schlichtung der Vorurteile, bekamen ebenfalls ohne weiteres gekündigt. Hierauf wurde in dem Betriebe folgender Anschlag ausgehängt: „An meine Arbeiter! Auf meinen Anschlag von Sonnabend komme ich nochmals zurück, weil gestern zwei fremde Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes hier waren, um die Wiedereinstellung der gekündigten Leute zu erlangen. Daß die ganze Affäre nur hervorgebracht worden ist, um für den Verband Propaganda zu machen, das heißt mit andern Worten, denjenigen Arbeitern, welche dem Verband noch nicht angehören, den Glauben beizubringen, daß sie mit Hilfe des Verbandes alles erreichen könnten, liegt klar auf der Hand. Meine vernünftigeren, älteren, seit vielen Jahren bei mir beschäftigten Arbeiter wissen genau, daß ich allen gerechten Forderungen, in entsprechender Weise vorgebracht, soweit es die Verhältnisse erlauben, gern Folge leiste, ohne daß es des Druckes eines Verbandes bedarf. Dagegen aber kann ich niemals solchen gänzlich ungerechtfertigten, lediglich zu Propagandazwecken bestimmten Anforderungen und Zumutungen stattgeben. Ich stelle es daher jedem anheim, wenn ihm an dem Verband mehr gelegen ist, als an einer guten und sichern Arbeitsstelle, zu kündigen, da ich weitere Verhandlungen in dieser Angelegenheit ablehne. Ich bin vielmehr entschlossen, jedem, der in dieser Sache nochmals Ansprüche in irgend welcher Art, einzeln oder als Mitglied einer Abordnung, an mich stellt, ohne weiteres zu entlassen. Herzfeld, den 10. April 1905. Bruno Schilde.“ Trost, oder gerade wegen dieses Anschlags verurteilte der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes nochmals in Unterhandlung zu treten, wurde er mit dem Bemerkten abgewiesen, daß Herr Schilde nur mit „seinen“ Arbeitern verhandeln würde. Wie er mit „seinen“ Arbeitern zu verhandeln gewillt ist, beweist obiger Anschlag. Metallarbeiter! Es ist notwendig, daß ihr in Zukunft bei der Firma Schilde keine Arbeit nehmt und durch solidarisches Handeln den Herrn veranlaßt, „seinen“ Arbeitern anständiger entgegenzutreten.

Kiel. Die Überstundenarbeit und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auf Howaldts-Werken“ lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der auf der genannten Werft beschäftigten Arbeiter. Der Referent Adam gab ein klares Bild von der kapitalistischen Produktionsweise. Um eine möglichst große Vermehrung des in den Betrieb gesteckten Kapitals zu erzielen, sind die Unternehmer in erster Linie bestrebt, die Geschäftserlöse soviel wie möglich auf die Arbeiter abzuwälzen. Es kommt zum Beispiel vor, daß ein Unternehmer sich Maschinen anschafft, und daß kurze Zeit darauf noch leistungsfähigere Maschinen erfunden werden, so daß sein Betrieb schon nicht mehr auf der Höhe der Zeit steht. Um dies nach Möglichkeit zu vermeiden, strebt der Unternehmer danach, die Maschinen, so schnell wie es geht, auszunutzen. Ein beliebtes Mittel dazu bildet das Überstundenwesen, wodurch die Unternehmer zu gleicher Zeit mehrere Vorteile erlangen. So tragen sie bekanntlich vielfach über die angeblichen Lasten, die ihnen durch die Versicherungsgesetze auferlegt worden sind, obwohl es doch die Arbeiter sind, die dem Unternehmer das dazu nötige Geld verdienen müssen. Da es durch die Überstundenmacherei möglich ist, mit weniger Arbeit mehr Arbeit zu erzielen, gelingt es den Unternehmern, auf diese Weise noch Ersparnisse zu machen. Ferner wird dadurch noch die Zahl derer vergrößert, die gezwungen sind, die Landstraßen zu bevölkern und eine industrielle Reservearmee zu bilden. Das letztere stets möglichst groß ist, ist ein wichtiges Bestreben der Unternehmerklasse. Ferner ermöglicht das Überstundenwesen es dem Unternehmer, nach außen hin damit zu prunken, was für angeblich hohe Verdienste die Arbeiter bei ihm erzielen, wobei natürlich nicht angegeben wird, wie lange der Arbeiter sich dafür abschnitten muß. Da ist in einem Antwortschreiben, das die Mieter, Bohrer und Stemmer auf eine Eingabe um Lohnaufbesserung gemacht haben, für Vornarbeiter ein Jahresdurchschnittslohn von 1295,30 Mk. angegeben, für Zuschläger ein solcher von 1226,70 Mk., für Vornarbeiter von 1239 Mk., für Wärmemacher von 1106,40 Mk. und für Stemmer von 1437 Mk. Man hat indes häufig unterlassen, anzugeben, in wie langer Arbeitszeit diese Verdienste erzielt worden sind. Als vor einiger Zeit die Fischer eine ähnliche Eingabe machten, war in der Antwort auch die Zahl der Arbeitsstunden angegeben, die die Fischer in einem Jahre geleistet hatten. Diese entsprach der Arbeitszeit von

13 Monaten. Auf diese Weise kommen die „hohen Verdienste“ zu stande, mit welchen man von auswärts die Arbeiter anlockt. Sobann führte Redner noch die Klagen der Direktion über die Konkurrenz auf ihren wahren Wert zurück, ebenso das Gerüde von den Wurzeln, die die Werft erlitten hat. Wie letztere entstehen, zeigt Redner an den Beispielen des für die Marine erbauten kleinen Kreuzers „Andine“, des zu Versuchszwecken erbauten Turbinendampfers und des Walzwerkes in Neuburg, wozu die Werft im vergangenen Jahre einen Kostenbeitrag von 300000 Mk. zu leisten hatte. Soll denn das alles aus den Knochen der Arbeiter wieder herausgeholt werden? Nachdem Redner noch kurz auf die unmögliche Behandlung eingegangen war, die den Arbeitern stellenweise zuteil wird, setzte er in überzeugender Weise auseinander, daß die Direktion sich alles dies nur leisten könne, weil die Organisationen noch zu schwach seien. Es sei deswegen dringend nötig, letztere zu stärken, um sich das zu erkriegen, was zur Existenz notwendig ist. Nachdem das Referat unter großem Beifall der Anwesenden beendet worden war, erfolgte die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute am 3. Mai 1905 im „Friedrichsborfer Hof“ tagende Versammlung von Arbeitern der Howaldtswerke erklärt das in diesem Betrieb herrschende Überstundenwesen für verwerflich und kulturwidrig; sie erklärt es ferner für eine heilige Pflicht der Arbeiterschaft, nicht auf eine Verlängerung, sondern auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß in erster Linie der Arbeiterauschuss sich der Sache annimmt. Pflicht der Arbeiterschaft ist es indessen, durch Stärkung der Organisationen sowie unablässige Aufklärungsarbeit, sich die Macht zu verschaffen, die durchaus notwendig ist, um solchen Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben.“

Krefeld. In unserer Mitgliederversammlung am 29. April fand auch eine längere Debatte über die Verschmelzung der Verwaltungsstellen Düren, Urdingen, M.-Glabbach, Biersen und Krefeld statt. Die Mitglieder der verschiedenen Filialen haben einer Verschmelzung zugestimmt und es soll ein bester Geschäftsführer angestellt werden. Jetzt nach der bedingungslosen Zustimmung aller in Betracht kommenden Verwaltungen haben die M.-Glabbacher Kollegen die Bezirksleitung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie nicht mitmachen, wenn der Geschäftsführer nicht sein Domizil in M.-Glabbach nehme. Die Entzweiung in der Versammlung über das Verhalten der M.-Glabbacher Kollegen war groß. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung verurteilt das einseitige Vorgehen der M.-Glabbacher Kollegen und erwartet, daß sie die Bedingung, die sie gestellt haben, zurückziehen. Gilt es doch gemeinsam zu kämpfen, um der Metallarbeiterorganisation mehr wie bisher Eingang zu verschaffen. Sollte die Bedingung nicht zurückgezogen werden, sollen die übrigen Verwaltungen unter sich versuchen, das Projekt zu verwirklichen. — Es wurde noch mitgeteilt, daß die Formkonferenz am 25. dieses Monats abgehalten wird; in der nächsten Versammlung soll die Wahl eines Delegierten dazu vorgenommen werden. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Volkstribüne durch Abonnement zu unterstützen.

Lübeck. Die Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beauftragten in ihrer am 11. April abgehaltenen Versammlung die in Betracht kommenden Gewerkschaftsverbände, der Direktion folgende Forderung zu unterbreiten: 1. Der Mindestlohn für gelernte Arbeiter beträgt 38 Pf., der der ungelerten 35 Pf. die Stunde. Demen, die diesen Lohn am 11. April schon haben, ist ein Lohnzuschlag von 2 Pf. pro Stunde zu gewähren. 2. Überstunden sind zu vermeiden; soweit solche aber unumgänglich sind, ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent zu gewähren, ganz gleich, ob in Lohn oder in Afford gearbeitet wird, ebenso für Nachtschicht und Sonntagsarbeit. 3. Wascheinrichtungen sind der Zahl der Arbeiter entsprechend zu beschaffen, ebenso Kleiderverkleiner. 4. Die Auszahlung des Lohnes hat auch an den Tagen vor den hohen Festtagen zehn Minuten vor Schluß der Arbeitszeit stattzufinden. — Diese Forderungen sind der Direktion am 12. April eingereicht worden mit dem Ersuchen um Antwort in acht Tagen. Am 18. April traf folgende Antwort ein: „Wir belassen uns zum Empfang ihrer beiden Zuschriften vom 12. und 14. dieses Monats, müssen es jedoch ablehnen, mit den Unterzeichnern des ersetzten Schreibens in Verbindung zu treten, mit dem Bemerkten, daß wir nur mit Leuten, welche bei uns in Beschäftigung stehen, verhandeln können.“ Diese Antwort wurde den Arbeitern in der am 22. April abgehaltenen Versammlung mitgeteilt. Die Versammlung beschloß hierauf, eine Kommission aus den dort beschäftigten Arbeitern zu wählen, die mit der Direktion am 26. April in Verhandlung treten sollte. Die Kommission wurde vorstellig, doch die Herren konnten sich an diesem Tage nicht darüber schlüssig werden, was sie bewilligen wollten, und so wurde die Verhandlung auf den 30. April verlagert. In diesem Tage fand abends eine Versammlung der Arbeiter im Vereinshaus statt, in welcher die Kommission Bericht erstattete. Der Berichterstatter gab der Versammlung zu verstehen, daß die Kommission mit dem, was die Direktion zugestanden, einverstanden sei. Wenn die Zugeständnisse auch nicht unseren Forderungen entsprechen, so sei aber in Betracht zu ziehen, daß wir auch keinen Kampf zu führen brauchten. Auch mußte man bedenken, daß die Konjunktur nicht die beste bei uns sei; ebenso spielten noch andere Dinge mit, die wohl erwogen werden müßten. Aus diesen Gründen empfahl die Kommission der Versammlung folgende von der Direktion gemachten Zugeständnisse anzunehmen. 1. Für gelernte Arbeiter beträgt der Einstellungslohn 34 Pf., für ungelernete Arbeiter 32 Pf. pro Stunde. (Bei den Gelerten ist Bedingung, daß sie 20 Jahre alt sind). 2. Sämtliche Arbeiter, mit Ausnahme der Invaliden und der sehr alten, erhalten 1 Pf. pro Stunde Zulage. 3. Für Überstunden von 6 bis 8 Uhr werden 25 Prozent, nach 8 Uhr 50 Prozent Zuschlag gewährt, ebenso für Sonntagsarbeit, bei Tag- und Nachtschicht erhält die Nachtschicht 20 Prozent Zuschlag. 4. Wascheinrichtungen und Spinde werden, soweit es nötig ist, angeschafft. (Züher bezug der Einstellungslohn bei allen 30 Pf.). Nach lebhafter Diskussion erklärte sich schließlich die Versammlung mit 243 gegen 71 Stimmen in geheimer Abstimmung damit einverstanden, unter dem Vorbehalt, daß die Kommission am 4. Mai nochmals vorstellig werde und sich über die Prozedur für Sonntagsarbeit, über die man nichts heftig amtes in der Versammlung mitteilen konnte, vergewissern solle. Wenn die Direktion für Sonntagsarbeit 50 Prozent bewillige und diese Abmachungen jedem Arbeiter genügend bekannt gegeben werden, sei man mit den Abmachungen zufrieden. Diesem Wunsch ist durch Anschlag entsprochen worden mit dem Bemerkten, daß die Verbesserungen mit dem 4. Mai in Kraft treten. — Pflicht der Kollegen muß es nun sein, daß diese Abmachungen auch eingehalten werden; es darf nicht wieder so gehen, wie vor einigen Jahren, wo man sich alles schriftlich geben ließ und schließlich doch die alten Übel wieder überhand nahmen.

Magdeburg. Zum Zustand aller Branchen bei der Firma Garrett Smith & Co. Im Laufe der vergangenen Woche haben tägliche Verhandlungen zwischen den Vertretern der Firma und den Ausständigen stattgefunden. Daran beteiligte sich dreimal auch eine Kommission des Industriellen-Verbandes, die sichtlich das Bestreben an den Tag legte, die Beseitigung des Konfliktes herbeizuführen. Es sah denn auch von Tag zu Tag so aus, als sei eine Verständigung auf guter Grundlage zu erwarten. Verletzt am Sonnabend den 6. Mai kam es zu folgender Vereinbarung: „Die Firma Garrett Smith & Co. sagt bei Wiederaufnahme der Arbeit, und zwar am Dienstag den 9. Mai zu: 1. Die Wiederaufhebung in der letzten zwölf Monaten, vom 1. Mai 1905 rückwärts, in der Kesselschmiede gemachten Anordnungen, mit Ausnahme der durch die neue Nietmaschine, Zweipindelbohrmaschine und sonstige Neuentrichtungen bedingten, neuen Affordpreise. 2. Revision der gemachten Abzüge und Afforde. Die Verhandlung geschieht durch die Betriebsleitung mit dem Arbeiterauschuss. 3. Möglichste Beschleunigung der Überstunden und Verlegung derselben, speziell für die Kesselschmiede auf die Morgenstunden (6 bis 7); wenn irgend möglich, sollen Überstunden nach 6 Uhr abends vermeiden werden. 4. Aufbesserung der Löhne für Hilfsarbeiter bei Zugrundelegung von 30 Pf. bei der Einstellung, je nach Dienstalter auf 32, 34 Pf. und mehr. 5. Die Wiedereinstellung aller Ausständigen und in dieser Zeit Entlassenen geschieht ausnahmslos und ohne Maßregelung. 6. Verbesserungen und Ge-

gängen der Einrichtungen und Werkzeuge in der Kesselschmiede." Der erste Absatz stellte die Kesselschmiede nicht zufrieden. Nachdem aber in erneuten Verhandlungen festgelegt war, daß gemeinsam vom Direktor, Werkführer und der Kommission der Kesselschmiede eine Preisliste der Arbeiten aufgestellt werden sollte, um einen gerechten Ausgleich zu schaffen, konnte auf eine schnelle Beilegung gerechnet werden. Falls die Betriebsleitung den übrigen Werkstätten die Versicherung gegeben hätte, daß die Verhandlungen zur Beilegung ihrer Differenzen innerhalb einer bestimmten Zeit erfolgen würden, also vielleicht dem Absatz 2 angehängt hätte: „innerhalb 8 Tagen oder 14 Tagen", hätten diese sofort die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, während die Kesselschmiede erst ihre Preisauflistung fertig gemacht hätten, was gleichfalls in wenigen Tagen erledigt gewesen wäre. Doch Herr Winkelmann, der Betriebsleiter, der die Arbeiterschaft seit zwei Jahren in ständiger Aufregung gehalten hat, hatte es anders bestimmt. Daher kam es am Dienstag und später am Freitag infolge von geradezu verkehrenden Angeboten, die die Firma den Kesselschmieden machte, zu neuen Differenzen, die die ganzen bisherigen Verhandlungen zunichte machten. Die Preisauflistung war in der Fabrik durch die technischen Beamten mit der Kommission erfolgt und zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt. Allerdings waren die Kommissionsmitglieder unter ihre Forderungen weit herunter gegangen, so daß nicht einmal mehr die Hälfte des geforderten Affordpreisausschlags von 25 Prozent übrig blieb. Dieses unerbittliche von dem Chef und der erklarte ihnen, er lege nicht mehr als 4 bis 4,50 Mk. auf zusammen circa 150 bis 160 Mk. zu, das heißt nur 2 1/2 Prozent Ausschlag. Darauf hat die Verammlung die Kommissionsmitglieder juristisch gezogen. Bei Abgang dieser Zeiten (12. Mai) haben neue Verhandlungen stattgefunden, deren Resultat noch nicht bekannt ist.

München. In der Salonfabrik von Klett & Co. waren am 28. April die Monteure und Hilfsarbeiter in den Ausstand getreten. Am 2. Mai kam vor dem Gewerbegericht eine Einigung zustande, die auch für die übrigen Unternehmer der Branche Geltung hat. Die Forderung war: Abschaffung der Affordarbeit und Festsetzung eines Stundenlohnes von 50 Pf. für gewerbliche Monteure und 45 Pf. für nichtgewerbliche Monteure, für auswärtige Arbeiter 2 Mk. Zulage pro Tag. Die Unternehmer erklärten, mit der Abschaffung der Affordarbeit im Prinzip einverstanden zu sein, ebenso seien sie bereit, eine kleine Lohnhöhung einzutreten zu lassen, nur wollen sie die Festsetzung der Löhne je nach Leistung bemessen. Nach längerer Verhandlung wurde folgender Vertrag vereinbart: 1. Abschaffung der Affordarbeit, für ungelernete Anfänger 35 bis 40 Pf. Stundenlohn, für nichtgelernete Monteure 41 bis 45 Pf., für gewerbliche Monteure 45 bis 50 Pf., bei auswärtigen Montagen 2 Mk. Zulage, an den Sonn- und Feiertagen 1,80 Mk. Zulage. Die Fahrzeit innerhalb der Arbeitszeit wird mit 50 Pf. pro Stunde, außerhalb der Arbeitszeit mit 30 Pf. pro Stunde entschädigt. Diese Vereinbarungen werden für sämtliche Fabriken abgeschlossen. Durchschnittlich wurden dadurch Lohnhöhungen von 10 bis 32 Prozent erreicht. Mit der Firma Klett & Co. wurde vor dem Gewerbegericht eine separate Vereinbarung getroffen. Die Erhöhung der Löhne beträgt hier 16 Prozent. Der Vertrag gilt zunächst bis 1. Juli 1906, und gilt jeweils um ein Jahr weiter, wenn er nicht zwei Monate vorher von einer Partei gekündigt wird. Außer dem Metallarbeiter-Verband war der Holzarbeiter-Verband an der Bewegung beteiligt.

Meuselwitz. Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Meuselwitz und Umgebung müssen wir einiges der Öffentlichkeit übergeben. In der Maschinenfabrik von Heymer & Pils verdienen die Formner in Afford 3 Mk. 25 Pf. bis 5 Mk. 50 Pf. bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit. Die Dreher haben einen Stundenlohn von 32 bis 42 Pf., die Schloffer von 24 bis 42 Pf., die Schmiede von 32 bis 34 Pf., die Hobler von 26 bis 36 Pf., die Hilfsarbeiter von 26 bis 36 Pf. In der Armaturenfabrik von Heymer & Pils verdienen die Dreher 24 bis 35 Pf., die Schloffer 24 bis 40 Pf., die Schmiede 25 Pf., die Schleifer 30 Pf. In der Reparaturwerkstätte der Porzellanfabrik Meuselwitz verdienen die Dreher 38 Pf. die Stunde, die Schloffer 30 bis 42 Pf. In der Maschinenfabrik Luka erhalten die Dreher 40 Pf., die Schloffer 25 bis 30 Pf., die Schmiede 36 Pf., Hobler 30 Pf., Hilfsarbeiter 18 Pf., jugendliche Arbeiter 18 Pf. In der Eisengießerei Luka bei Herrn Joh. Ehler verdienen die Formner in Afford durchschnittlich 21 Mk., die Fuher 25 bis 32 Pf., und die Hilfsarbeiter 25 bis 29 Pf. In den Bauhilfslokalen werden Stundenlöhne von 24 bis 42 Pf. bezahlt bei einer Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden. In den Reparaturwerkstätten der Brauereibetriebe erhalten die Dreher Stundenlöhne von 30 bis 34 Pf., die Schloffer 25 bis 35 Pf., Schmiede 25 bis 35 Pf., Schleifer 25 bis 32 Pf. Die Arbeitszeit beträgt dort 10 Stunden, jedoch steht die Sonntagsarbeit in höchster Blüte, die mit 25 Prozent Zuschlag vergütet wird. In der Maschinenfabrik von R. Würker war es nicht möglich, die Durchschnittslöhne festzustellen, denn es sind dort sehr wenig organisierte Kollegen. Doch können wir bekannt geben, daß in diesem Gebirgs Stundenlöhne von 21 bis 33 Pf. für gelernete Arbeiter (Schloffer und Dreher) bezahlt werden. Überstunden werden viele gemacht. Sehr oft kommt es vor, daß von Sonnabend bis Sonntag die ganze Nacht gearbeitet wird, ohne Bezahlung von Prozenten. Man findet es dort nicht einmal für nötig, die Arbeiter zu fragen, ob sie nacharbeiten wollen oder nicht, es wird einfach eingeschrieben: Es wird die Nacht bis Sonntag früh durchgearbeitet. Dazu kommt, daß keine Pausen gemacht werden sollen. Ein Arbeiter verlangte, nachts 12 Uhr eine Stunde Pause eintreten zu lassen. Darauf antwortete Herr Würker, daß dann die Leute nur einschlafen würden. Da gerade von dieser Firma jetzt immer Schloffer, Schmiede etc. (natürlich nur tüchtige Kräfte, vielleicht für 27 Pf. Stundenlohn) gesucht werden, so erziehen wir die Kollegen, sich erst bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Stiegen. Und nun grade entlasse ich ihn, das sieht ja grade so aus, als ob man nicht mehr Herr im Hause ist, als ob ich gezwungen werden sollte, den Besitz wieder einzustellen! — erklärte Herr Steiner, Inhaber der Firma Steiner & Brodmann auf die Anfrage des Bezirksleiters Schlegel, der wegen der Aufregung seit 8 1/2 Jahren bei der Firma beschäftigtigen Bevollmächtigten unserer Verwaltungsstelle vorstellig geworden war. Herr im Hause will Herr Steiner sein und Ruhe will er haben, deswegen muß der Aufwiegler, „Aufwiegler“, „Sozialdemokrat“ aus der Bude. Wie kann man sich auch erlauben, Forderungen zu stellen und noch dazu solche wie diese. Kurz vor Ostern unterbreiteten nämlich die Arbeiter der Firma einige Wünsche (!) auf Reinigung der Aborte, Aufstellung von Spindmaschinen und Gewährung früherer Feiertagsabends am Sonnabend. Darob großes Getöse, besonders über das Zerlegen, daß die Aborte gereinigt werden sollen. Schließlich wurden die „Forderungen“ bewilligt. Nun aber wurde nach dem Sündenbrot gefordert, und so erhielt unser Bevollmächtigter die Kündigung, angeblich, weil man ihn nicht mehr brauchen kann. Das ist natürlich nur eine alte Ausrede. Die Wahrheit ist, weil er als Kommissionsmitglied die Wünsche der Arbeiter vertrat. Es ist nun versucht worden, die Wiedereinstellung des Kollegen zu erreichen. Leider ohne Erfolg. In der Werkstatt sind die Mehrzahl der Gewerksvereiner, die natürlich allerlei Ansprüche haben, um nur ja nicht für den gemäßigtesten Kollegen einzutreten zu müssen. Da soll A. einmal dies und das andere Mal das gesagt oder getan haben. Deswegen könne man nicht eher etwas unternehmen, ehe nicht der Unternehmer gesagt habe, warum er A. entlasse. Das man darauf natürlich lange warten kann, das müssen diese Herren ganz genau. Mit Inapper Ruhe und Not haben sich dann die Leiter des Gewerksvereins dazu verstanden, wenigstens nachzugehen zu werden. Hierbei mußte sich der Vertreter des Gewerksvereins, Herr Jahn, dem gefallen lassen, genau so an die falsche Luft zu blasen zu werden, wie unser Kollege Ziffel. Ob die Herren nun endlich einsehen werden, wie schlecht ihnen ihre Liebeswerke und Forderungen befallen sind? Werden sie nun endlich sich entschließen und einmal zeigen, daß Herr Steiner mit organisierten Arbeitern nicht so, wie er es getan hat, umspringen darf? Oder ist es etwa wahr, was man in Stiegen sich erzählt, daß die Gewerksvereiner froh sind, daß der „Fuher“ und „Aufwiegler“ entlassen werden ist? Um Antwort wird gebeten.

Thale a. S. Wenn zum Frühjahr nach unserer schönen Gartengrund die Fremden strömen, um hier der Ruhe und Erholung zu

pflegen, kehrt ein großer Teil der hier beschäftigten Arbeiter Thale den Rücken, um anderswo sich bessere Stellen zu suchen. Man sollte nun meinen, daß das Eisenhüttenwerk Thale dies einsehen und dafür Sorge tragen würde, daß ihm diese Arbeitskräfte erhalten würden, damit die Meister dieses Wertes nicht mehr gezwungen wären, jedes Frühjahr auf die Suche nach Arbeitskräften, besonders nach Formnern, zu gehen. Aber weit gefehlt. Wenn wir vor einiger Zeit darauf hinwiesen, daß die Zustände im Walzwerk keine ruhigen seien, so wollen wir uns heute einmal mit der Maschinenfabrik beschäftigen. Dieser Betrieb ist nach der Meinung des Herrn Direktors Claus der Musterbetrieb des Werkes. Wenn man gezwungen ist, durch diese Bude zu gehen, muß man froh sein, keinen Unfall zu erleiden, da man sehr leicht über die im Wege herumliegenden Gußteile, Werkzeuge u. s. w. stürzen kann. Allerdings, wenn der Herr Kommerzienrat Claus von Berlin aus seinen Besuch ansetzt, wird für Ordnung gesorgt, indem alle verfügbaren Hände hunderlang zu den Aufräumungsarbeiten verwendet werden. Das kommt aber nicht allzu häufig vor. Und diese Generalreinigung erstreckt sich leider nicht auch auf die Klostelanlagen, die jeder Beschreibung Hohn sprechen. Die Klostets sind auch nicht in genügender Anzahl vorhanden. Genau so verhält es sich mit der Aufschneidung. Für circa 200 Mann ist nur ein Aufschneidwerk vorhanden, der zu gleicher Zeit nur von sieben Mann benutzt werden kann. Die Benutzung darf nicht vor 6 Uhr stattfinden, trotzdem ein großer Teil der Arbeiter gezwungen ist, pünktlich die Arbeit zu verlassen, um die Eisenbahnzüge nach ihren Wohnorten rechtzeitig zu erreichen. Diese Arbeiter sind deshalb gezwungen, ungerne in ihre stundenweit entfernten Wohnungen zurückzufahren. Es ist dies um so charakteristischer für das Werk, daß jährlich viele Tausende von Klostet- und Maschinenanlagen fabriziert. Von einer Ventilation ist auch in diesem Musterbetrieb, wie in allen anderen Betrieben, keine Rede. Kleiderbüchsen sind nicht vorhanden. Die Lehrlingszuchterei darf natürlich in diesem Musterbetrieb nicht fehlen. Die Lehrlinge werden zu allen möglichen Beschäftigungen herangezogen, nur nicht zu solchen, die zu ihrer Ausbildung als Schloffer, Dreher etc. nötig wären. So ist es schon vorgekommen, daß Lehrlinge unter 16 Jahren während der gesetzlichen Pausen zum Feuertreiben etc. herangezogen wurden. In dieser Musterwerkstatt des Eisenhüttenwerkes werden auch ganz horrenden Löhne von 23 bis 35 Pf. bezahlt, der Höchstlohn von 35 Pf. wird nur Leuten mit 20jähriger und längerer Tätigkeit bezahlt. Überstunden und Sonntagsarbeit sind häufig, Zuschläge dafür werden nicht bezahlt. Die Behandlung durch den Meister Sommer läßt viel zu wünschen übrig. Zum Schluß möchten wir allen Arbeitern des Eisenhüttenwerkes ans Herz legen, sich endlich ihrer Pflicht bemußt zu werden, die darin besteht, sich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Denn nicht dadurch, daß man unzufrieden ist und eine Faust in der Tasche trägt, werden die Mißstände abge schafft, sondern nur durch eine starke Organisation.

Schloffer.

Hamburg-Altona. Die hiesigen Bauhilfslokalen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Den Unternehmern wurde ein Tarifvertrag vorgelegt, in dem gefordert wird: Eine Arbeitszeit von neun Stunden, ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde für ältere Gehilfen und 40 Pf. für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre. Für Überstunden, soweit sie täglich zwei Stunden nicht überschreiten, wird ein Zuschlag von 25 Prozent verlangt, für weitere Überstunden und für Sonntagsarbeit werden 50 Prozent Zuschlag gefordert. Bei Affordarbeiten soll die Sicherung des Minimallohnes garantiert werden. Arbeiter, die schon höhere Löhne als die verlangten beziehen, sollen die Stundenlöhne wenigstens so weit erhöht erhalten, daß keine Verringerung der bisherigen Wochenlöhne eintritt, wenn auch die Arbeitszeit auf neun Stunden erniedrigt wird. Außerdem sind noch Bestimmungen vorgegeben über die Regelung der Arbeiter außerhalb der Werkstätte und über die bessere hygienische Einrichtung der Werkstätten. Streitigkeiten, die aus dem Tarif entstehen, sollen durch ein zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetztes Schiedsgericht geschlichtet werden. Der Vertrag soll am 1. Juni in Wirksamkeit treten und bis 1. März 1907 laufen.

Münsterberg. Am 7. Mai wurde eine Versammlung der Kunst-, Bau- und Konstruktionshilfslokalen abgehalten, in der die Tarifverträge im hiesigen Baugewerbe besprochen und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben klargestellt wurden. Folgende Resolution wurde mit großer Begeisterung angenommen: Die Kunst-, Bau- und Konstruktionshilfslokalenversammlung erklart in den Tarifverträgen eine Sicherung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und eine Förderung des sozialen Friedens zwischen Meister und Gehilfen. In Anbetracht, daß in allen anderen baugewerblichen Berufen Münsterbergs Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossen sind, erklart die heutige Versammlung die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, mit den Vertrauensmännern der Section der Kunst- und Bauhilfslokalen einen Tarifvertragsentwurf auszubereiten und denselben einer weiteren Versammlung zur Beratung vorzulegen. In Anerkennung, daß nur eine gute und starke Organisation in der Lage ist, eine Tarifgemeinschaft zu erringen und zu erhalten, verpflichten sich die Anwesenden, die wenigen der Organisation noch Fernstehenden derselben zuzuführen.

Rundschau.

Reichstag.

(10. bis 13. Mai.) Die Arbeiten des Reichstags, der am 10. Mai wieder zusammentrat, haben überraschend schnell eine Unterbrechung erfahren, schon am 13. mangelte es an Beratungsmaterial für das Plenum und das Parlament wurde unterbrochen bis zum 18. vertagt. Die Zwischenpause sollen die Kommissionen zur Beschleunigung ihrer Arbeiten ausnützen. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Kommission für die Novelle zum Vorkriegsgesetz und um die mit den neuen Militärpensionsgesetzen beladene Budgetkommission. Wie gerade diese zweite mit der Arbeit fertig werden soll, ist ganz unverständlich. Will sie nicht, daß das bisherige System leichtfertiger Abhaltung noch brauchbarer Offiziere fester als je zuvor angewandt wird, dann muß sie hierfür Sicherungen schaffen. Dagegen nimmt sich aber die Regierung mit Händen und Füßen, natürlich läßt sie prout den alten Unspinn wieder aufleben, sich hinter dem Monarchen zu verstecken, was überhaupt bei unseren tapferen Militärbureaucraten vulgo Kriegswarnern sehr beliebt ist. Sie behaupten, durch jede Erhöhung der Offiziere gegen willkürliche Pensionierung würde die „Sommerdogenanzahl“ des „obersten Kriegsherrn“ geschmälert. Na, wenn schon! Und wäre das sehr erwünscht, in Wirklichkeit ist aber davon keine Rede: der Kaiser hat gar keine physische Möglichkeit, sich eingehend um die Beförderungsverhältnisse der Offiziere zu kümmern, selbst wenn er nicht mehr als die Hälfte des Jahres regelmäßig auf Reisen verbringt. Befragt wird die Führung der großen Säge leblich von einer kleinen Gruppe der Militärbureaucratie, die eine starke Zugkraft treibt und auf Geheiß und gute Stimmung sowie auf gute Beziehungen den Hauptwert legt. Will man der geradezu gemeingefährlichen Überlastung des Volkes durch die immer mehr anwachsenden Pensionen ernsthaft zu Leibe gehen, dann muß man die Bezüge der oberen Stellen ganz gehörig herabsetzen. Dadurch allein schafft man die nötige Apposition in den Reihen der Offiziere selbst gegen das willkürliche Hantieren mit der großen Säge. Wenn heute einer als Major, Oberst oder gar als General pensioniert wird, dann mag ihm das persönlich unangenehm sein, aber er ist wirtschaftlich auf alle Fälle gedeckelt und braucht für den Rest seiner Tage nicht mehr zu arbeiten. Daher wird er auch niemals lange schwallen, sondern bald höchst vergnügt im Sanjaja des Philistertums herumspazieren und den üblichen getarnten kriegerischen Stimmungen betreiben. Ganz anders, wenn die Pension ihm nur ein Existenzminimum gewährleistet. Dann würde er sich schon zu wehren suchen! Allerdings wollen wir nur so ganz beiläufig hier bemerken, daß die Kreise der herrschenden Klassen, die der Verjüngung der Arbeiterklassen und -Weisen am lieblichsten gegenübersehen und darin eigentlich eine schamlose Begehrlichkeit der Proletarier sehen,

jeht bei diesen Pensionsgesetzen nicht genug für die Angehörigen ihrer Klasse erraffen können! Sie tun gerade so, als ob ein Duffel eine nützlichere Tätigkeit ausübte, als irgend ein Kanalarbeiter oder ein anderer Arbeiter!

Aus den Verhandlungen des Reichstags ist noch der Versuch der berichtigten lex Heinze neues Leben einzuflößen, zu erwähnen. Ein kräftiges Nid des Simplicissimus gegen pfälzische Geloten hat die ganze schwarze Garde der Geschorenen und Geschickelten nieder auf die Beine gebracht. Sieben Tage vor Ablauf eines Austritts mit jenem denkwürdigen Auszug der Opposition aus dem Reichstagslaß, der die erste lex Heinze zu Fall brachte, sangen die Krieger und Latmann von der Tribüne des Parlamentes wieder das alte Leierlied vom Verfall der Sittlichkeit. Wenn man diese Leute so hört und sieht, dann pocht einen so ein leises Grauen und man beginnt am Fortschritt der Menschheit zu zweifeln. Sie haben keine blasse Ahnung von den Ursachen unserer heutigen Zustände und sehen immer nur die Schuld einzelner, wo es sich um die großen Zusammenhänge unseres ganzen sozialen Lebens handelt. Und so was ist Landgerichtsrat und Amtsrichter bei uns! Und so was ist Gesetzgeber bei uns!

Aus deutschen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsbewegung in Württemberg. Am Jahreschluss 1904 waren 47 Zentralverbände durch Mitgliedschaften mit insgesamt rund 28000 Mitgliedern vertreten. Am stärksten vertreten sind: die Metallarbeiter mit 5608, die Holzarbeiter mit 4117, die Buchdrucker mit 2098, die Eisenbahner mit 1628, die Schuhmacher mit 1510, die Fabrikarbeiter mit 1369, die Maurer mit 1359, die Brauer mit 1355, die Zimmerer mit 1086, die Buchbinder mit 1029 Mitgliedern. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine besaßen 54 Ortsvereine mit 2187 Mitgliedern, die christlichen Gewerkschaften etwa 1000 Mitglieder. Gegenüber den modernen Gewerkschaften kommen diese Organisationen also fast gar nicht in Betracht. Besonders bemerkenswert ist, daß die Zentralverbände im vergangenen Jahre fast 5000 neue Mitglieder gewonnen haben, also mehr als die Hirsch-Dunderschen und christlichen Organisationen zusammen besitzen.

Die Vereinigung des Eisenföhrerbundes mit dem Verband der Lithographen und Steindruckere ist auf den Generalversammlungen beider Vereinigungen in Berlin beschlossen worden und tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Der Eisenföhrerbund, eine reine Unterstützungskasse, die Kranken- und Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung gewährt, zählt 9320 Mitglieder und hat ein Vermögen von 385000 Mk. Gegenwärtig hat er 157 Invaliden und 113 Witwen zu unterstützen. Etwa 6000 Mitglieder des Eisenföhrerbundes gehören gleichzeitig dem Verband der Lithographen und Steindruckere an, der am Jahreschluss 10912 Mitglieder und einen Kassenbestand von 218000 Mk. besaß. Die Vereinigung führt den Namen Deutscher Eisenföhrerbund. Der Beitrag beträgt monatlich 1,20 Mk. (bisher wurden im Verband 50 Pf., im Eisenföhrerbund 60 Pf. pro Woche erhoben). Dafür wird gewährt, je nach der Dauer der Zugehörigkeit, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung für 4 bis 15 Wochen bis zum Betrag von 36 bis 180 Mk., Krankengeld 13 bis 52 Wochen täglich 2 Mk., Sterbegeld 50 und 100 Mk., Invalidenunterstützung pro Woche 7 Mk., Witwenunterstützung wöchentlich 3,50 Mk. Die Streitunterstützung wurde für Ledige auf 14 Mk., für Verheiratete auf 17 Mk. und für jedes Kind auf 1 Mk. festgelegt.

Der Verband der Tapezierer stieg 1904 von 4816 auf 5620 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 113000 Mk., die Ausgaben 63000 Mk., so daß der Kassenbestand sich von 25000 Mk. auf 75000 Mk. erhöhte. Am Schlusse des 1. Quartals dieses Jahres betrug die Mitgliederzahl 6583.

Die Neuaufgabenbewegung der Kürschner in Leipzig hat mit einem vollen Erfolg der Arbeiter geendet. Die Berliner Kürschner sind gleichfalls in eine Bewegung eingetreten, um eine Erhöhung der Lohnsätze zu erreichen.

Die Steinseger haben für Groß-Berlin einen Tarifvertrag abgeschlossen. Danach ist in Berlin und allen Orten innerhalb eines Umkreises von drei Meilen ein Stundenlohn von 75 Pf. zu zahlen. In Orten außerhalb dieser Zone ist der bisherige Lohn um 2 1/2 Pf. pro Stunde aufzubessern.

Ein weiblicher Arbeitersekretär soll in Nürnberg angestellt werden, um besonders die Agitation unter den Arbeiterinnen zu betreiben.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen macht erfreuliche Fortschritte. Ende 1904 wurden 20 Verbände mit 130837 Mitgliedern gezählt, 26700 mehr als 1903. Die Bäcker, Brauer, Bildhauer, Böttcher, Buchbinder, Hafnarbeiter, Lederarbeiter, Maschinenisten und Tapezierer haben keine Angaben gemacht. Die Bergleute sind mit 58000, die Metallarbeiter mit 25226 verzeichnet. Gegenwärtig, nach dem großen Bergarbeiterstreik, dürfte die Zahl der den modernen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeiter 200000 erreicht haben.

1000 Bau- und Möbelschloffer sind in Hamburg durch den Arbeitgeberverband der Holzindustrie ausgesperrt worden, weil der Holzarbeiterverband die Sperre über den Arbeitsnachweis der Zimmerei verhängt und die Leistung von Überstunden seinen Mitgliedern verboten hat. Die größeren Geschäfte haben sich an der Aussperrung nicht beteiligt.

Der Vorstand des Verbandes der Schneider ist durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe aufgefordert worden, bis spätestens den 8. Mai die Streiks in Gießen, München und Würzburg aufzuheben und die Wiederaufnahme der Arbeit anzuordnen. Dieses Ansuchen ist abgelehnt worden. Wie verlautet, beabsichtigt nunmehr der Arbeitgeber-Verband eine allgemeine Aussperrung der Schneider auf acht bis zehn Tage vorzunehmen.

Der Verbandstag der Lederarbeiter beschloß die Anstellung beider Gaulteier. Es sollen zehn Gaulte gebildet werden. Ebenso beschloß der Verbandstag der Glasarbeiter die Anstellung je eines Gaulteiers für Nord- und für Süddeutschland.

Ein Kartellvertrag abgeschlossen haben die Verbände der Eisenbahner, Seelente, Maschinenisten, Handels- und Transportarbeiter und die Hafnarbeiter beider Beseitigung der Grenzfreitragungen, Regelung des Übertrittes aus einem Verband in den anderen, Unterstützung bei Streiks u. s. w. Angestrebt soll ferner werden eine einheitliche Organisation aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe Beschäftigten.

Der Verband der Stukkateure hat jetzt in 82 Filialen rund 6700 Mitglieder gegen 5652 im Jahre 1904.

Der Streik der Weipenfelder Schuhmacher endete nach 9 Wochen durch den Verrat der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinsleitung mit einer Niederlage.

„Bewaffneter Friede“.

Die neueste Ausgabe der Arbeiter-Zeitung (Nr. 20) bringt unter obigem Titel einen Artikel, der sich wiederholt mit dem Aussperrungs-ABC beschäftigt. Daran anschließend wird der paragrafierte Entwurf veröffentlicht, der die Ausschusskommission im Bereich des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller regeln soll. Wir nehmen davon vorläufig Notiz, in nächster Nummer werden wir uns weiter damit beschäftigen. Die Herren Scharfmacher nennen „Friedensliebe“. Wir werden sehen, was sich dahinter verbirgt.

(Wichtigend bemerken wir, daß im Artikel „Das Aussperrungs-ABC“ auf der ersten Seite dieser Nummer statt Nr. 18 der Arbeiter-Zeitung stets Nr. 19 ... zu lesen ist.)

Sie mögen nicht.

Unter dieser Epigramme wird dem Vorwärts aus München geschrieben: „Eine peinliche Enttäuschung haben die Führer der christlichen Gewerkschaften in den letzten Tagen erlebt. Nach dem Vorgang des ultramontanen bayerischen Eisenbahner-Verbandes (siehe Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung) sollte nämlich auch der bayerische Postbediensteten, seinen Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erklären. Als diese Angelegenheit aber auf

